

Glanz und Elend der deutschen Geschichte 2000 bis 2016 Band 7

Der Zahlmeister des EU-Einheitsstaates

Band 7/109: 25.01.2003 – 01.11.2003

2003

Ein Sklave, der mit seiner Lage zufrieden ist, ist doppelt Sklave, weil nicht nur er selbst, sondern auch seine Seele in Knechtschaft ist.

Edmund Burke (1729-1797, englischer Schriftsteller)

06.01.2003

BRD: Der SPD-Politiker Oskar Lafontaine (seit 2005 Parteimitglied der "Linken") berichtet am 6. Januar 2003 in der BILD-Zeitung (x353/76): >>... Wenn Washington am Golf Krieg führt, ist Deutschland immer beteiligt, weil es der Flugzeugträger der USA in Europa ist. Wir sind kein souveräner Staat. Wir nehmen gezwungenermaßen an Angriffskriegen der Supermacht teil.<<

25.01.2003

BRD: Der deutsche Historiker Alfred Schickel (1933-2015) berichtet am 25. Januar 2003 in der Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" (x887/...): >>"**Bedingungslose Kapitulation!**"

Vor 60 Jahren forderten die Angloamerikaner die militärische Selbstaufgabe des Gegners. Der Januar vor 60 Jahren brachte mit der deutschen Niederlage von Stalingrad nicht nur die offensichtliche militärische Kriegswende, sondern auch die entscheidende Weichenstellung für die deutsche Nachkriegsgeschichte.

Am 26. Januar 1943 kamen nämlich US-Präsident Franklin D. Roosevelt und Briten-Premier Winston Churchill in Casablanca überein, den Krieg gegen die sogenannten "Achsenmächte" nur mit deren "bedingungsloser Kapitulation" zu beenden. Das bedeutete, daß Deutschland, Italien und Japan den Kampf nur um den Preis der militärischen Selbstaufgabe einstellen konnten und sich politisch dem Willen der Sieger zu ergeben hatten. Eine Zukunftsaussicht, die bei den betroffenen Völkern unterschiedliche Reaktionen auslösen mußte.

Während sich in Italien Kräfte regten, die durch einen Sturz Mussolinis und seines faschistischen Regimes einen milderen Kriegsschluß zu erreichen suchten, bewirkte die Forderung nach bedingungsloser Kapitulation in Deutschland und in Japan eine Versteifung des Widerstandes und damit letztlich eine Verlängerung des Krieges. Denn Goebbels und die japanischen Propagandisten benutzten das unerhörte Übergabeverlangen als willkommenes Zeugnis alliierter Unterwerfungsabsichten und beschworen den Durchhaltewillen ihrer Völker.

Die Militär-Opposition gegen Hitler war über die "Casablanca-Forderung" unglücklich. Sie sah sich durch dieses von den Westmächten geforderte Kriegsende um wesentliche Erfolgsaussichten gebracht, weil sie nach einem gelungenen Sturz Hitlers ihrem Volk auch keinen weniger demütigenden Waffenstillstand versprechen konnte. Wie der Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt (ZFI) vorliegende Dokumente ausweisen, haben Vertrauensleute des deutschen Widerstands monatelang in der Schweiz mit US-amerikanischen Geheimdienstlern um einen akzeptableren Kriegsschluß gerungen, ohne das geringste Zugeständnis zu erreichen.

Diese Vergeblichkeit drohte manchen Regime-Gegner in Deutschland mutlos oder für die Durchhalte-Propaganda anfällig zu machen. Man konnte in der Berliner Bendlerstraße nicht ahnen, daß in Washington große Zweifel an der Ernsthaftigkeit eines Putsches gegen Hitler gehegt wurden beziehungsweise die Militär-Opposition bei den Westalliierten im Verdacht stand, sich mit einer Revolte nur geschickt aus der Verantwortung für die bevorstehende Niederlage herauswinden zu wollen.

Statt die angestellten Sondierungen als Hoffnungszeichen für ein baldiges Kriegsende zu deuten und sich wie im Falle Italiens kooperativ zu zeigen, interpretierte man in Washington und in London die deutschen Kontaktaufnahmen als langstrategische Kriegslist der Wehrmachts-generalität.

So hatte der britische Lord Vansittart bereits wenige Tage nach der ersten Fühlungnahme der deutschen Widerständler einen bissigen Fünfzeiler über die "Verschwörer-Generale" (the conspiring generals) verfaßt und darin ihren vermeintlichen Versuche, "den Nazis die Schuld für den Krieg zu geben" und selbst insgeheim schon "den nächsten Krieg vorzubereiten", mit den Worten angeprangert:

"Little Hans, in a tight corner, / Wondered what next he could try So to look even littler / He bumped off his Hitler / And said 'What a good boy am I'."

Das heißt auf Deutsch soviel wie: "Klein Hans, in einem engen Eck, / überlegte, was er als Nächstes versuchen könnte, / so, um noch harmloser auszusehen, / brachte er seinen Hitler um / und sagte: 'Was für ein guter Knabe bin ich doch'."

Als am Abend des 20. Juli 1944 offenkundig wurde, daß Hitler das Attentat in der "Wolfschanze" überlebt hatte und zum Gegenschlag ausholte, kommentierten die Angloamerikaner das Scheitern des Unternehmens fast mit einer gewissen Erleichterung. Das dokumentiert ein US-Geheimbericht vom 30. Juli 1944. Unter der Überschrift "Das beste Ergebnis des Hitler-Wunders" ("Best result of the Hitler-Miracle") überliefert er die freimütige Einschätzung der Lage Deutschlands und der Alliierten.

Danach sprachen "die Leute, welche Deutschland und die Deutschen am besten kennen, über das glückliche Entkommen Hitlers" ("The people who know Germany and Germans best were talking ... about Hitler's lucky escape") und kamen zu der Überzeugung, daß Hitlers Überleben ein Glücksfall für die Alliierten gewesen sei ("lucky for the Allies"). Und zwar deswegen, weil den "konspirierenden Generälen", die sich gegen Hitler erhoben hätten, danach keine Möglichkeit mehr geboten sei, den verlorenen Krieg allein Hitler anzulasten.

Diese gleichermaßen niederschmetternde wie verständliche Mißdeutung des Attentats vom 20. Juli 1944 fand auch in einer englischen Karikatur ihren Ausdruck. Auf ihr ist unter der Überschrift "Look out for the Phoenix" ein als Friedensengel verkleideter "Good German" zu sehen, der wie ein Phönix aus der Glut des verlorenen Krieges aufsteigt und neben der Palme in der rechten Hand den "Nucleus" für den nächsten Krieg ("Next War") in der Linken hält. Vor dem Hintergrund solcher Unterstellung glaubte Roosevelt die von den deutschen Regime-Gegnern ausgegangenen Signale bedenkenlos ignorieren zu können.

Dagegen mußte er bestimmte Gegenstimmen ernster nehmen. Zu ihnen gehörte als gewichtigster Bedenkenträger Papst Pius XII. Dieser wurde sogleich nach Bekanntwerden der "Unconditional-Surrender-Forderung" beim "Persönlichen Repräsentanten des Präsidenten der Vereinigten Staaten bei Seiner Heiligkeit", Botschafter Myron C. Taylor, vorstellig und drückte seine Besorgnis über die zu erwartenden Folgen eines solchen Ansinnens aus.

Er wies den Vertreter Roosevelts auf das Ungewöhnliche einer derartigen Unterwerfungsforderung hin und warnte vor ihrem kriegsverlängernden Effekt. Immerhin stünden an der Spitze der gegnerischen Armeen auch Männer mit Ehrgefühl, für die eine totale Unterwerfung unter den Sieger unannehmbar sei; außerdem würden bei der schier unausbleiblichen Verlängerung des Krieges viele Tausende unschuldiger Menschen noch das Leben verlieren. "Und dies auch

in der früher friedlichen Heimat, welche nunmehr gleichfalls in das blutige Kampfgeschehen einbezogen wird", wie er nach dem ersten alliierten Bombenangriff auf Rom im Juli 1943 mahnend hinzufügte.

Präsident Roosevelt fühlte sich durch diese Vorhaltungen in Erklärungszwang genommen und verlegte sich in der Rechtfertigung seiner Übergabe-Forderung auf eine Doppelstrategie. Er ließ dem Papst von Taylor versichern, daß die von den Alliierten verlangte "bedingungslose Kapitulation" der "Nazi-Armee" keineswegs gegen das deutsche Volk gerichtet sei oder eine "Entehrung Deutschlands" bezwecke, sondern einzig und allein der Absicht diene, "der Welt zu zeigen, daß die deutsche Wehrmacht nicht unbesiegbar" sei, wie dies viele glaubten.

Zugleich wollte er dem Pontifex durch die in Casablanca beschlossene "Unconditional-Surrender-Forderung" seine Entschlossenheit signalisieren, nicht "die Fehlannahme von 1918 zu wiederholen, nach welcher der deutsche Soldat im Felde unbesiegt geblieben" sei, woraus sich dann bekanntlich die "gefährliche Dolchstoßlegende" entwickelt habe.

Pius XII. zeigte sich über die Versicherung, das deutsche Volk nicht unterwerfen zu wollen, zwar erleichtert, vermochte jedoch die vorgebrachte Begründung für die "bedingungslose Kapitulation" mit dem angeblichen Verhindern einer neuen "Dolchstoßlegende" nicht vorbehaltlos anzunehmen. Sie erschien ihm wie eine "Schutzbehauptung", hinter welcher andere Absichten als die erklärte Vermeidung einer neuerlichen Geschichtsklitterung steckten.

Auch die bald nachgeschobene Beteuerung, man wolle mit Hilfe der "Unconditional-Surrender-Forderung" die "atheistische Seuche des Nazismus" austilgen, bedurfte in den Augen des Papstes noch der Einbeziehung des gleichermaßen atheistischen Bolschewismus, um glaubhaft zu werden.

Mit den weiteren Bombardierungen Roms und anderer italienischer Städte sowie der im Februar 1944 erfolgten Zerstörung der altherwürdigen Benediktinerabtei auf dem Monte Cassino durch alliierte Kampfflugzeuge geriet die Washingtoner Rechtfertigung der "Bedingungslosen Kapitulations-Forderung" in zunehmend größere moralische Unglaubwürdigkeit.

Wie Mitarbeiter der Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt bei ihren jüngsten Archivstudien in den Vereinigten Staaten feststellen konnten, waren die von Pius XII. gehegten Zweifel an der Stimmigkeit der vorgebrachten Begründungen in der Tat berechtigt. Denn Roosevelt lehnte es nicht nur ab, in einer öffentlichen Kundmachung dem deutschen Volk seine guten Absichten zu beteuern, sondern versicherte auch seinem alten Freund, General John Persing, im Ersten Weltkrieg US-amerikanischer Generalstabschef und erklärter Deutschenfeind, daß er den Zweiten Weltkrieg so beenden wollte, wie die USA den Ersten nach dem Willen Pershings hätten zu Ende führen sollen, nämlich "bis nach Berlin durchzumarschieren" und ganz Deutschland zu besetzen.

Ein "Endsieg"-Gedanke, den auch der Vater von Roosevelts Finanzminister Morgenthau, Henry Morgenthau der Ältere, in einem Interview mit der "New York Times" am 19. September 1919 vertreten hatte, als er davon sprach, daß man Deutschland 1918 hätte zwingen müssen, "to fight to a finish with the United States". Wie im übrigen auch einflußreiche US-Senatoren in jenen Jahren gemeint hatten.

Die ideologisch-missionarische Vorstellung vom Kampf der "im Lichte Stehenden" mit den "Mächten der Finsternis" hatte damals schon Einzug in die Außenpolitik der Vereinigten Staaten gehalten. US-Präsident Woodrow Wilson verkörperte im Ersten Weltkrieg die Lichtgestalt und hatte in dem "finsternen Autokraten" Wilhelm II. seinen zu überwindenden Antipoden.

Als Schlachtruf "Hang the Kaiser!" kam diese ideologisierte Kriegsführung bei den breiten Massen an und gipfelte bekanntlich im Artikel 2.227 des Versailler Friedensvertrags, welcher "Wilhelm II. von Hohenzollern wegen schwerster Verletzung der internationalen Moral und der Heiligkeit der Verträge" von einem "besonderen Gerichtshof" aburteilen lassen wollte. Die Weigerung der holländischen Königin, den unter ihrem Asyl-Schutz stehenden deutschen Ex-

Kaiser auszuliefern, ersparte der Welt diesen Schauprozeß.

In den Augen Roosevelts ein selbstverschuldeter Fehlschlag der Sieger des Ersten Weltkriegs, dessen Wiederholung er als Sieger des Zweiten Weltkriegs auf keinen Fall riskieren wollte. Daher mochte er sich mit einem herkömmlichen Waffenstillstand als Kriegsende nicht zufriedengeben, hätten ihm dann doch die verantwortlichen NS-Führer, mit Adolf Hitler an der Spitze, unter Umständen auch wieder entkommen können. Die sollten jedoch dieses Mal ihrer Strafe nicht entgehen. So kam für Roosevelt als Kriegsschluß nur die "bedingungslose Übergabe" in Frage.

Aber nicht nur als "Lehre aus der Geschichte der verpaßten Gelegenheiten" von 1918/19, sondern auch in Konsequenz vorangegangener Erklärungen Franklin Roosevelts; besonders der Jahre 1941 und 1942. So bezeichnete er am 14. August 1941 in der Atlantik-Erklärung ("Atlantik-Charta") die "vollständige Zerstörung der Nazi-Tyrannie" als Ziel seiner Politik und trug den Mitgliedern des sogenannten "Washington-Paktes" vom 1. Januar 1942 auf, "im gemeinsamen Kampf gegen wilde und brutale Kräfte" den "vollständigen Sieg zu erringen" und "keinen gesonderten Waffenstillstand und keinen Sonderfrieden zu schließen".

Und noch wenige Tage vor seiner Zusammenkunft mit Winston Churchill in Casablanca hatte Präsident Roosevelt in seiner alljährlichen Budget-Botschaft an den amerikanischen Kongreß vom "totalen Krieg" ("total War") gesprochen, den man "hart" zu Ende zu führen gedenke. Sein Botschafter in Spanien, Carlton J. Hayes, wurde kurz darauf in einer "Adresse an führende offizielle Persönlichkeiten in Spanien" deutlicher, als er erklärte, daß "die Vereinigten Staaten entschlossen" seien, "weder einen Verhandlungsfrieden noch einen Kompromiß von den Achsenmächten zu akzeptieren, sondern bis zum völligen und endgültigen Sieg zu kämpfen". Da war der Schritt bis zur Verkündung der "Unconditional-Surrender-Forderung" von Casablanca nicht mehr allzu groß.

Um sie Wirklichkeit werden zu lassen, mußte folgerichtig die deutsche Wehrmacht völlig besiegt und das Reich vollständig unter Kontrolle genommen werden. Für eine eigene deutsche Zentralregierung war bei einem solchen Kriegsende naturgemäß kein Platz. Entsprechend wurde die Regierung Dönitz wenige Wochen nach der "bedingungslosen Kapitulation" von den alliierten Siegern abgesetzt und in Gefangenschaft geführt. Ein Vorgang, der gleichfalls in der europäischen Staatengeschichte seinesgleichen suchte - aus Washingtoner Sicht jedoch konsequent erschien.<<

01.03.2003

Belgien: Am 1. März 2003 findet in Brüssel die offizielle Eröffnungssitzung des Konvents für die Erstellung einer europäischen Verfassung statt.

19.03.2003

Irak: Nordamerikanische und britische Truppen greifen in der Nacht vom 19. auf den 20. März 2003 den Irak an.

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtet später (im Jahre 2013) im COMPACT-Spezial Nr. 2 über die US-Begründung für den Irakkrieg im Jahre 2003 (x348/40-42): >>9/11 - Die Mutter aller Lügen

_von Oliver Janich

Mit den Terrorangriffen des 11. September 2001 begründete die Regierung von George W. Bush die Kriege der folgenden Jahre. Dabei springen die Widersprüche und Leerstellen der offiziellen Theorie sofort ins Auge. Wäre der 11. September Thema in der Fernsehserie Columbo, wäre die Folge nach zehn Minuten zu Ende. Jeden Tag bewundern wir im Fernsehen Kommissare, denen kleinste Widersprüche reichen, um den Täter zu überführen.

Weisen jedoch investigative Journalisten und Aktivisten auf Löcher in der offiziellen Theorie zum 11. September hin, werden sie nicht etwa wegen ihres kriminalistischen Spürsinns gelobt, sondern als Verschwörungstheoretiker verunglimpft. Dabei sind die Löcher so groß, daß

eine ganze Galaxie hineinpassen würde. Würde ein Drehbuchautor so eine Story schreiben, würde er umgehend gefeuert.

Die Smoking Gun

Das ultimative Beweismittel, die "Smoking Gun", wie Amerikaner das nennen, sind natürlich die Bilder vom Einsturz von World Trade Center Nr. 7. Von keinem Flugzeug getroffen, sackt der Wolkenkratzer - wie von der Regierungsbehörde NIST nach sieben endlosen Jahren bestätigt - in freier Fallgeschwindigkeit in sein eigenes Fundament. Das ist physikalisch unmöglich. Nach den Newtonschen Gesetzen geht Masse den Weg des geringsten Widerstandes.

Das bedeutet, daß ein Gebäude immer auf die Seite kippt, auf der die Struktur nachgibt. Deshalb sind bei kontrollierten Sprengungen Spezialfirmen nötig, die alle tragenden Teil gleichzeitig entfernen. Selbst das gelingt nicht immer, weil die Sprengladungen wirklich exakt zur selben Zeit hochgehen müssen. Anzunehmen, daß zufällig verteiltes und nach den Bildern kaum vorhandenes Bürofeuer dasselbe Resultat zustande bringen kann, ist absurd. Dasselbe gilt natürlich auch für die Twin Towers, also World Trade Center Nummer eins und Nummer zwei, aber da dort Flugzeuge hineingeflogen sind, können die Behörden zumindest behaupten, daß dies der Grund für den symmetrischen Kollaps war. Das ist auch physikalischer Unsinn, aber zumindest leichter zu verkaufen.

Mittlerweile haben sich fast 2.000 Architekten, Statiker, Ingenieure und Physiker den Architects & Engineers for 911 Truth (*ae911truth.org*) angeschlossen, die die oben beschriebene Ansicht vertreten. Und das sind nur diejenigen, die den Mut hatten, ihre Karriere aufs Spiel zu setzen. Schließlich haben sie millionenschwere Auftraggeber, denen das im Zweifel nicht recht ist, weil das Image der beauftragenden Firma darunter leiden könnte.

Luftabwehr? Fehlanzeige!

Aus kriminalistischer Sicht gibt es jedoch hunderte von weiteren Widersprüchen. Am auffälligsten ist zunächst, daß es den angeblichen Attentätern gelungen sein soll, die gesamte Luftwaffe der größten Militärmacht der Welt auszuschalten. Erklärt wird dies mit Inkompetenz. Doch das Abfangen von Flugzeugen, die auch nur leicht vom Kurs abkommen, ist reine Routine. Von September 2000 bis Juni 2001 wurden 67 Flugzeuge von der Flugabwehr NORAD abgefangen (AP, 12.8.2002). Im Jahr 2000 waren es insgesamt 129.

Die Flieger sind normalerweise auf einem 15-Minuten Alarm, was bedeutet, daß sie innerhalb von etwa acht Minuten in der Luft sein können (Calgary Herald vom 13.10.2001). Ab 8:13 Uhr betrachtete die Flugsicherung Flug 11 als entführt (AP 12.8.2002). Um 8:46 Uhr krachte Maschine 11 in den Nordturm. Um 9:38 Uhr soll Flug 77 ins Pentagon gestürzt sein. Insgesamt waren also fast eineinhalb Stunden Zeit, um etwas zu unternehmen. Das ist für die militärische Abwehr eine Ewigkeit.

Nun sind in den Jahren danach etliche sich widersprechende Erklärungen aufgekommen, wieso kein Flugzeug abgefangen wurde. Eine dieser Erklärungen ist, daß niemand damit gerechnet hätte, daß Terroristen Flugzeuge als Waffen benutzen könnten (Condoleezza Rice laut CBS am 16. Mai 2002). Das ist längst widerlegt, weil die Flugabwehr vor 9/11 etliche solcher Übungen abgehalten hat.

Alleine am 11. September fanden laut Verteidigungsminister Donald Rumsfeld mindestens vier solcher Kriegsspiele statt (C-Span, 11.2.2005) Übungsszenario: Flugzeuge werden entführt und in das World Trade Center und andere Hochhäuser geflogen.

Die Wahrscheinlichkeit, daß dieses Übungsszenario am selben Tag auch Wirklichkeit wird, geht gegen Null. Bei staatsterroristischen Anschlägen sind parallele Manöver hingegen häufig zu beobachten. Auf diese Weise können die Behörden unbehelligt operieren. Kommt aus Versehen eine nicht informierte Polizeibehörde den Geheimdiensten ins Gehege, erklärt man, es sei nur eine Übung.

Im Falle von 9/11 hatte diese Parallelität eine weitere Funktion. Durch die gleichzeitig statt-

findenden Manöver konnten die Sicherheitskräfte nicht mehr zwischen echten und falschen Radarsignalen unterscheiden. Normalerweise werden Übungen natürlich streng von der realen Situation getrennt.

In diesem Fall geht aber eindeutig aus den Überwachungsbändern, die vom Magazin *Vanity Fair* auf seiner Website veröffentlicht wurden, hervor, daß die Lotsen nicht mehr wußten, welches gekidnappte Flugzeug echt war und welches nur zu einer Übung gehörte. Verantwortlich für diese Übungen war Colonel Robert Marr. Er hat als diensthabender Kommandant im Zentrum der nördlichen Flugabwehr (NEADS) dafür gesorgt, daß die Abfangjäger zu spät vor Ort waren. Begründet wird dies mit Mißverständnissen und Irrtümern. Alleine die Tatsache, daß dieser Mann nicht auf jeder Titelseite ist und niemals vor irgendeinem Gericht erscheinen mußte, spricht Bände. ...

Rumsfelds Visionen

Doch aus solchen Erklärungsnoten könnten sich die Verantwortlichen notfalls noch herausreden. Aber daß das Loch im Pentagon viel zu klein für eine Boeing war und keinerlei eindeutig identifizierbare Wrackteile zu erkennen waren, kann nicht wegdiskutiert werden. Auch dafür werden die kuriosesten Begründungen geliefert, etwa, daß sich das Flugzeug aufgrund der Geschwindigkeit vaporisiert, also praktisch in Luft aufgelöst hätte. Es bleibt dann aber immer noch die Frage, warum es vom am besten überwachten Gebäude der Welt keine Videoaufnahmen gibt, die eine Boeing zeigen.

Die vom Spiegel am 8. Februar 2002 als Beweis gefeierten Bilder des Einschlags zeigen alles mögliche, nur keine Boeing. Bis heute hält das FBI 84 Videos unter Verschuß, die unmittelbar nach den Anschlägen rund um das Gebäude beschlagnahmt wurden. Eine Klage des Anwalts Scott Hodes - spezialisiert auf das Freiheitsinformationsgesetz (FOIA) - auf Freigabe der Bänder scheiterte. Beim angeblich in Shanksville abgestürzten Flug 93 sind ebenfalls keinerlei Wrackteile - wie sonst üblich - zu sehen.

Weisheiten

"Laßt uns niemals frevelhafte Verschwörungstheorien im Zusammenhang mit den Anschlägen des 11. September tolerieren, boshafte Lügen, die bezwecken, die Schuld von den Terroristen selbst abzulenken."

(G. W. Bush, 10. November 2001) ...

"Ich glaube nicht auch nur eine Minute daran, daß wir alles richtig verstanden haben."

(Lee Hamilton, stellvertretender Leiter der 9/11-Commission des US-Kongresses)

"Tatsächlich hält die offizielle Version einer genauen Überprüfung nicht stand."

(Roland Dumas, französischer Außenminister von 1984 bis 1986 sowie von 1988 bis 1993)

Hauptverdächtig sind diejenigen, die schon vorab über das Ereignis Bescheid wußten.

Für jeden Kriminalkommissar würden diejenigen zum Kreis der Hauptverdächtigen gehören, die schon vorab über das Ereignis Bescheid wußten. Als oberster Hellseher hat sich dabei ausgerechnet der diensthabende Verteidigungsminister Donald Rumsfeld entpuppt. Der *Fayetteville Observer* schreibt am 16. September 2001, daß Rumsfeld am Morgen des 11. September mit einigen Leuten über Raketenabwehr und Terroranschläge in der Vergangenheit sprach. Rumsfeld sagte zu den Anwesenden: "Lassen Sie mich Ihnen eines sagen.

... Es wird noch ein weiteres Ereignis geben." Dann schreibt die Zeitung: "Zwei Minuten später krachte ein Flugzeug ins World Trade Center und bewies, daß er richtig lag."

Rumsfelds erstaunliche hellseherische Fähigkeiten an diesem Tag sind damit nicht zu Ende. Der britische Telegraph schreibt am 16. Dezember 2001, daß Christopher Cox, der Vorsitzende des Verteidigungskomitees des Repräsentantenhauses, mit Rumsfeld im Ostflügel des Pentagon vor dem Fernseher saß und das Geschehen in New York betrachtete. Cox erinnerte sich daran, daß Rumsfeld zu ihm sagte: "Glauben Sie mir, es ist noch nicht vorbei. Es wird eine weitere Attacke geben, und es könnte uns treffen. "Momente später", schreibt der Telegraph,

"schlug das Flugzeug (ins Pentagon) ein."

Schon tags zuvor bewies Rumsfeld ein erstaunliches Gefühl für Timing. Am 10. September erklärte er einem verdutzten Auditorium, daß 2,3 Billionen Dollar im Haushalt des Pentagon unauffindbar seien (CBS, 29.1.2002). Einen Tag später fragte niemand mehr nach dem Verbleib dieser unglaublichen Summe. Laut Pittsburgh Post Gazette vom 20. Dezember 2001 wurden 34 von 65 Angestellten des Resource Office der Armee im Pentagon an diesem Tag getötet. Die meisten der in diesem Büro Umgekommenen seien private Wirtschaftsprüfer, Buchhalter und Budget-Analysten gewesen.

Ebenso frappierend ist, daß sowohl der Krieg gegen Afghanistan als auch der gegen den Irak bereits vor dem 11. September 2001 geplant waren, obwohl diese Kriege ohne diesen Anschlag niemals hätten gerechtfertigt werden können. Die BBC meldete am 18. September 2001, daß die Pläne für eine militärische Aktion in Afghanistan laut dem früheren pakistanischen Außenminister Niaz Naik bereits im Juli 2001 für Oktober vorlagen.

Am 10. September 2001 sollten George Bush die Pläne präsentiert werden (CBS News, 5.8.2002). Bereits am 7. November 2000 meldete die BBC, daß im Rahmen der Aktion "Swift Sword" - der größten Übersee-Übung in der englischen Militärgeschichte - im September 2001 insgesamt 20.000 Soldaten in den Oman verlegt werden würden. Die "Swift Sword-Truppen" wurden später für den Kampf in Afghanistan eingesetzt (Telegraph, 1.10.2001)

Am 18. Januar 2004 erzählt der von Bush zum Rücktritt gedrängte Finanzminister Paul O'Neill in der CBS-Sendung *60 Minutes*, daß die Invasion im Irak bereits Anfang 2001 geplant war, was ein Memo, das im Rahmen des Informationsfreiheitsgesetzes ans Licht kam, bestätigt. In dem Schriftstück vom 31. Januar 2001 wird eine Sitzung für den 1. Februar 2001 anberaumt, die den politisch-militärischen Plan für die "Nach-Saddam-Irak-Krise" zum Inhalt hatte.

Während es für die Täterschaft von Osama bin Laden so wenige Beweise gibt, daß selbst das FBI ihn dafür nicht auf die Fahndungsliste setzte, schmelzen alle vermeintlichen Beweise für die offizielle Geschichte nach und nach dahin wie Eis in der Sahara nach 1.000 Jahren globaler Erwärmung. Der einzige indirekte Zeuge dafür, daß auf den Flügen überhaupt Entführer mit Teppichmessern waren, ist mit Ted Olson ausgerechnet der Anwalt, der George W. Bush im Fall gegen Al Gore um die falsch ausgezählten Stimmen im 2000er Präsidentschaftswahlkampf vertreten hat und der von Juni 2001 bis Juli 2004 Generalstaatsanwalt unter Bush war. Ein Drehbuchautor, der den Anwalt von Bush als Zeugen präsentiert hätte, wäre damit noch nicht mal an der Sekretärin eines Produzenten vorbeigekommen.

Ted Olson will mit seiner Frau Barbara in einem der entführten Flugzeuge telefoniert haben. Unglücklicherweise für den Herrn Staatsanwalt kam im Prozeß United States gegen Zacarias Moussaoui - einem angeblichen 9/11-Mittäter, dem nur nachgewiesen werden konnte, daß er die anderen Beschuldigten kannte - heraus, daß es nur einen Anruf von Barbara Olsen gab. Der war "unconnected" (nicht verbunden) und dauerte exakt 0 Sekunden. Wie sagte Inspektor Columbo immer so schön? "Das muß ich unbedingt meiner Frau erzählen!" Die war in der Serie exakt so oft zu sehen, wie der Welt definitive Beweise für die offizielle 9/11-Story präsentiert wurden: Nie.<<

Hermann Hitthaler berichtete auf seiner Webseite "www.gottliebturns.com" über die "Neue Weltordnung" (x938/...): >>**Auf dem Weg zur Weltherrschaft**

Vereinte Nationen - UNO

Dunkle Mächte beherrschen die Welt.

Die neuen Organisationen, die die Round-Table-Groups weitgehend ersetzten, verfolgten einen doppelten Zweck. Sie dienten als Brains Trust oder Denk-Tanks, die dem Hauptzweck der Förderung des Eine-Welt-Ideals diene. Da sie direkte Verbindungen zu den obersten Befehlsebenen des Großgeschäfts, einschließlich Banken, mit Regierungen und politischen Par-

teien und Universitäten unterhielten, dienten diese Körperschaften auch als inoffizielle Arbeitsämter, deren Aufgabe darin bestand, angemessen indoktrinierte Rhodes-Schüler in Positionen zu schleusen, wo man von ihnen erwarten konnte, daß sie ihren ganzen Einfluß ausüben würden, um die gemeinsame Vision eines Eine-Welt-Himmels auf Erden verwirklichen zu helfen. ...

Wen dieser Bereich interessiert, kann hier viele Informationen finden und Hintergründe erfahren, ohne Gewähr: Round Table, CFR ...

Während des Zweiten Weltkrieges Planung der Aufrichtung der VEREINTEN NATIONEN - UNO

1. Das CFR, mit der Ausarbeitung für Nachkriegspläne beauftragt, entwirft die Statuten der VEREINTEN NATIONEN

Dies ist die Gruppe, die die Vereinten Nationen ersann - der erste große, erfolgreiche Schritt auf dem Weg zu einem Welt-Superstaat. Mindestens 47 CFR-Mitglieder waren unter den amerikanischen Delegierten bei der Gründung der Vereinten Nationen in San Franzisko im Jahre 1945. Es waren neben anderen:

Harold Stassen, John J. McCloy, Owen Lattimore (der vom senatsinternen Sicherheitsausschuß ein "bewußtes Bindeglied der sowjetischen Verschwörung" genannt wurde), Alger Hiss

(kommunistischer Spion), Philipp Jessup, Harry Dexter White (kommunistischer Agent), Nelson Rockefeller, John Foster Dulles, John Carter Vincent und Dean Acheson.

Um sicher zu sein, daß die kommunistischen Parteimitglieder die Wichtigkeit der Etablierung der UN verstanden, gab das offizielle theoretische Parteijournal Political Affairs in seiner April-Ausgabe 1945 folgende Anordnung:



"Allgemeine Unterstützung und großer Enthusiasmus sollten hervorgerufen werden, gut organisiert und leidenschaftlich artikuliert. Doch dies genügt nicht. Die Opposition muß so hilflos gemacht werden, daß sie unfähig ist, irgendeine bedeutende Unterstützung im Senat gegen die Charta der Vereinten Nationen und die nachfolgenden Verträge zu finden."

Es ist erstaunlich, daß sich die Parteien noch niemals die Frage stellten, weshalb sie eine Organisation unterstützen müssen, die von den ihnen verhaßten Per-

sönlichkeiten der Wall Street beherrscht wird. Die meinungsbildenden Vertreter der Massenmedien haben sich geradezu selbst übertroffen, indem sie die UN als Friedensorganisation anstatt als Fassade der internationalen Bankiers darstellen.

Die Mitglieder des CFR beherrschten nicht nur die Einrichtung der UN, sie standen auch dem amerikanischen Präsidenten bei den Konferenzen in Teheran, Potsdam und Jalta zur Seite, wo Millionen von Menschen den Händen Joseph Stalins ausgeliefert wurden - eine gewaltige Ausdehnung der kommunistischen Verschwörung. Verwaltungsassistent von F. D. Roosevelt war zu dieser Zeit ein Schlüsselmitglied des CFR namens Lauchlin Currie, der später von J. Edgar Hoover als Sowjetagent identifiziert wurde.

So vollendet hat das CFR das Außenministerium in den vergangenen 38 Jahren beherrscht, daß außer Cordell Hull, James Byrnes und William Rogers alle Staatssekretäre CFR-Mitglieder waren. Rogers war kein Mitglied, doch Mr. Nixons Hauptberater in auswärtigen Angelegenheiten, Prof. Henry Kissinger, wechselte aus dem Stab des CFR zu diesem Posten über. Auch die Untersekretäre des Außenministeriums sind fast durchweg Mitglieder.

2. Eindeutiges Ziel des CFR ist und bleibt Errichtung einer Weltregierung, einer "internationalen Ordnung"

Auch heute arbeitet das CFR aktiv auf sein Hauptziel hin, die Regierung über die ganze Welt - einer Regierung, die von den Insidern und deren Verbündeten kontrolliert werden soll. Das Ziel des CFR ist also schlichtweg die Abschaffung der Vereinigten Staaten mit ihrer konstitutionell garantierten Freiheit. Und es wird noch nicht einmal versucht, dies zu verbergen: Study Nr. 7, vom CFR am 25. November 1959 veröffentlicht, rät offen zur "Bildung einer neuen internationalen Ordnung, (welche) dem Verlangen der Welt nach Frieden (und) nach sozialer und wirtschaftlicher Veränderung entsprechen muß. ... eine internationale Ordnung (das Codewort für Weltregierung) ... inklusiv der Staaten, die sich selbst als Sozialisten (Kommunisten) bezeichnen."

Diese Motivation wird für die verständlich, die die Mitgliederliste des CFR studiert haben. Internationale Bankorganisationen, die gegenwärtig Mitglieder des CFR stellen, sind u.a.: Kuhn-Loeb & Co.; Lazard Freres (direkt verbunden mit Rothschild); Dillon Read; Lehman Bros.; Goldman, Sachs; Chase Manhattan Bank; Morgan Guaranty Bank; Brown Bros. Harriman First National City Bank; Chemical Bank and Trust und Manufacturers Hanover Trust Bank.

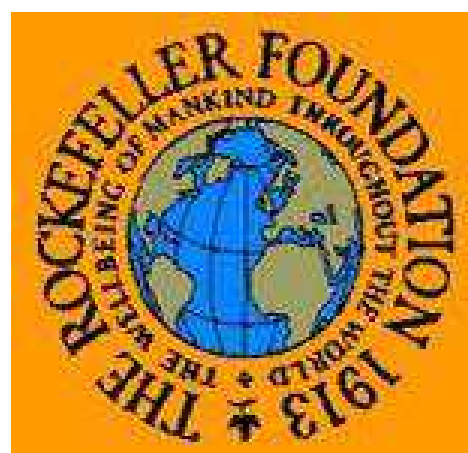
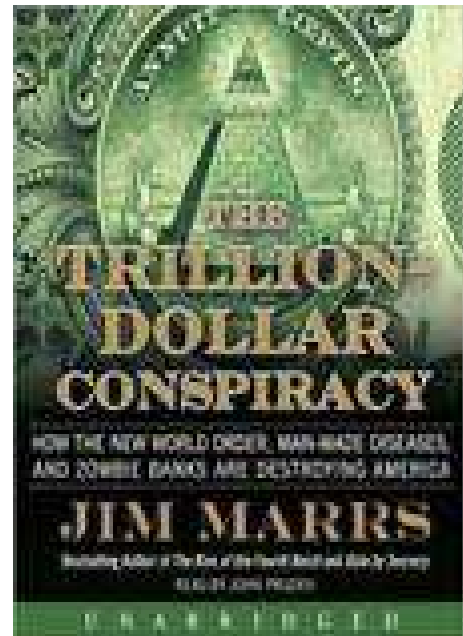
Führende Männer von folgenden großen Gesellschaften sind Mitglieder des CFR: Standard Oil, IBM, Xerox, Eastman Kodak, Pan American, Firestone, US Steel, General Electric und American Telephone and Telegraph Company.

Ebenfalls Mitglieder der CFR sind Männer von so offensichtlich linksgerichteten Organisationen wie der Fabian Socialist Americans for Democratic Action (FS), die Socialist League for Industrial Democracy - früher Intercollegiate Socialist Society - und die United World Federalists, die offen zu einer Weltregierung mit den Kommunisten raten.

So ergebene sozialistische Arbeiterführer wie vormals Walter Reuther, David Dubinsky und Jay Lovestone waren ebenfalls Mitglieder des CFR. Man hält diese Männer und Organisationen doch für eingefleischte Gegner der oben aufgeführten Banken und Gesellschaften, dennoch gehören sie demselben Lager an. Es liegt auf der Hand, warum diese Tatsache nicht publik gemacht wird.

Das CFR ist völlig verknüpft mit den großen Stiftungen und den sogenannten "Denkfabriken". Mit eingeschlossen in diese Verknüpfung sind die Rockefeller-, Ford- und Carnegie-Stiftungen und die Rand-Corporation, Hudson Institut, Fund - for - the - Republic und Brookings Institute.

Unter den Kommunikationsgesellschaften, die im CFR vertreten sind, finden wir: National Broadcasting Corporation, Columbia Broadcasting Corporation, Time, Life, Fortune, Look, Newsweek, New York Times, Washington Post, Los Angeles Times, New York Post, Denver



Post, Louisville Courier Journal, Minneapolis Tribune, die Knight-Zeitungen, McGraw-Hill, Simon & Schuster, Random House, Little Brown & Co., McMillan Co., Viking Press, Saturday Review, Business Week, Harper Bros, und den Club "Das Buch des Monats".

Wenn die Kontrolle einer Organisation über ein solches Aufgebot von Firmen unmöglich erscheint, so nur deshalb, weil die meisten Leute nicht wissen, daß die Gründer solcher Giganten wie der New York Times und NBC (Nationale Rundfunkgesellschaft) von Morgan, Schiff und deren Verbündeten ausgewählt, finanziert und dirigiert wurden. David Ochs von der Times und David Sarnoff von der RCA (Radiogesellschaft von Amerika) sind Beispiele hierfür. Beide erhielten frühe finanzielle Hilfe durch Kuhn-Loeb & Co. und eine Morgan-Bürgschaft. Alle diese Firmen und Gesellschaften haben die Aufgabe, dafür zu sorgen, daß die Öffentlichkeit das CFR nicht entdeckt und seine Rolle bei der Erschaffung einer sozialistischen Welt-diktatur nicht ausfindig macht. ...

Stiglitz und der Herdentrieb

Der Nobelpreisträger und Informationsökonom Joseph E. Stiglitz läßt keinen Zweifel daran, daß eine kritische Presse dem Herdentrieb entgegenwirken könnte, der Spekulationsblasen entstehen läßt. Der Journalismus könnte für die nötigen "checks and balances" sorgen und "zur Gesundung von Märkten beitragen, die den Bezug zur Realität verloren" haben. Andererseits macht Stiglitz klar, weshalb solch ein Anspruch vielfach Wunschdenken bleibt: Journalisten "stehen nicht abseits vom Rest der Gesellschaft". Auch sie werden leicht von der Herdenmentalität erfaßt - es gebe starke Anreize, weshalb sie sich meist nicht "gegen den herrschenden Wind" stemmen könnten.

Auch Stiglitz sieht "in der symbiotischen Beziehung" zwischen Journalisten und ihren Quellen eine große Gefahr. Dieses enge Verhältnis füge der Gesellschaft oftmals Schaden zu. Zudem verleite "Hybris Journalisten zur Fehleinschätzung, sie könnten als Empfänger von Informationen verzerrte und fehlerhafte Darstellungen aussortieren, solange sie nur die Information selbst bekommen". Allzu oft flüchteten Redaktionen obendrein in "He said, she said-Berichterstattung", ein "einfaches, wenig ausgewogenes Reportieren der verschiedenen Positionen, ohne jedwede Analyse" - als würde "ein farbenblinder Reporter über den Himmel berichten und denen, die ihn für orangefarben erklären, gleiches Gewicht geben wie denen, die ihn für blau halten".

Offenbar ist diese Angst den Job zu verlieren, wenn etwas über die Bilderberger-Gruppe oder das CFR und dessen enge Verbindung zur Federal-Reserve und der US-Regierung, bis hin zur UNO offengelegt werden müßte sehr groß! Von Verschwörung überhaupt keine Rede aber von der Notwendigkeit einer "neuen Weltordnung" bestimmt, um die Massen auf das Kom-mende einzustimmen. Da jene Weltbürger vom Funktionieren der Demokratie überzeugt sind aber wenig bis nichts über biblische Vorhersagen wissen, unterstützen sie die Idee, die "Frieden und Sicherheit" verkünden wird!

(1. Thessalonicher 5,1-5) *Was nun die Zeiten und die Zeitabschnitte betrifft, Brüder, braucht euch nichts geschrieben zu werden.*

Denn ihr selbst wißt sehr wohl, daß Jehovas Tag genauso kommt wie ein Dieb in der Nacht. Wann immer sie sagen: "Frieden und Sicherheit!", dann wird plötzliche Vernichtung sie überfallen wie die Geburtswehe eine Schwangere; und sie werden keinesfalls entrinnen.

Ihr aber, Brüder, ihr seid nicht in Finsternis, so daß jener Tag euch so überfalle, wie er Diebe (überfallen) würde, denn ihr alle seid Söhne des Lichts und Söhne des Tages. Wir gehören weder zur Nacht noch zur Finsternis.

Es ist an jedem von uns, die Zeichen die Jesus für das herannahende Ende vorgab zu erkennen und selbst sich vor Gott rein zu erhalten! Mit dem Friedensjahr der UNO 1986 und den Friedensgebeten der Religionsführer in Assisi, dann Ende August 2001 mit dem Friedentreffen der religiösen Führer in New York vor der UNO im WORLD PEACE SUMMIT wurden erste

Ankündigungen kommenden "Friedens und Sicherheit" ausgerufen!

(Daniel 2, 41-43) *Und daß du die Füße und die Zehen teils aus geformtem Töpferton und teils aus Eisen bestehend sahst: Das Königreich selbst wird sich als geteilt erweisen, aber etwas von der Härte des Eisens wird offenbar in ihm sein, da du ja das Eisen mit feuchtem Ton vermischt erblickt hast.*

Und was die Fußzehen betrifft, die teils aus Eisen und teils aus geformtem Ton waren: Das Königreich wird sich teils als stark erweisen und wird sich teils als zerbrechlich erweisen.

Daß du Eisen mit feuchtem Ton vermischt erblickt hast: Sie werden schließlich mit der Nachkommenschaft der Menschen vermischt sein; aber sie werden sicherlich nicht aneinanderhaften, dieses an jenem, so wie sich Eisen nicht mit geformtem Ton vermischt.

Anglo-Amerika, als die "Füße aus Eisen mit feuchtem Ton vermischt", wird trotz seiner scheinbaren Härte nicht zu bestehen vermögen. Die Demokratie erweist sich als schwach und die eisenharte Regierung wird das Aufbegehren der Völker nicht zu kontrollieren vermögen! Was aber schlußendlich den Zusammenbruch dieser Weltregierung bewirken wird ist das Einschreiten von Gottes eigenem Engelheer in Harmagedon. Dort wird jede Autorität und jede Machtstruktur dieses Systems zum Ende kommen! Das "Königreich der Himmel", das danach über die Erde zu herrschen beginnt ist eine vollkommene Theokratie und wird wahren Frieden und wirkliche Sicherheit für das ganze Millennium sicherstellen!

4. Die Idee von Colonel House: Zwei politische Parteien aber nur eine Ideologie die auf oberster Ebene verschmelzen

Colonel House war - es wurde schon erwähnt - der Auffassung, daß es zwei politische Parteien, aber nur eine Ideologie geben sollte - den Weltsozialismus. Genauso verhält es sich heute in Amerika. Obwohl es philosophische Differenzen zwischen den bodenständigen Demokraten und Republikanern gibt, wird man bei Betrachtung der politischen Parteien feststellen, daß diese Differenzen sich nach oben hin immer mehr verlieren. Schließlich verschwinden die Unterschiede ganz hinter der vom Establishment gemanagten Pressezensur. An der Spitze steht die Kontrolle des CFR.

George Wallace hatte recht, als er im Jahre 1968 behauptete, es gäbe zwischen den beiden Parteien nicht den geringsten Unterschied.

Folgende Mitglieder der Demokratischen Partei waren oder sind CFR-Agenten: Dean Acheson, Alger Hiss, Adlai Stevenson, John Kennedy, Robert Kennedy, Edward Kennedy, Averell Harriman, George Ball, Henry Fowler, Dean Rusk, Adam Yarmolinsky, Hubert Humphrey und John Lindsa.

Von den internationalen Bankiers wurden viele, die in der L. B. Johnson-Verwaltung tätig waren, für ihre Dienstleistungen mit bequemen und lukrativen Posten belohnt. Unterstaatssekretär George Ball kam zu Lehmann Brothers; Finanzsekretär Henry Fowler zu Goldman, Sachs & Co.; der Budget-Direktor Peter Lewis, Finanzuntersekretär Frederick Deming und der ehemalige Handelssekretär C. R. Smith wurden von Lazard Freres (Rothschild) aufgenommen. Fowler und Deming waren in hohem Maße für die Politik verantwortlich, die dazu führte, daß die Nationen Europas die Hälfte unseres Goldes beanspruchten und die US-Staatskasse all ihrer Silber-Reserven beraubt wurde, die sie während eines Jahrhunderts angelegt hatte. Wurden diese Männer aus Mitleid wegen ihrer Unfähigkeit oder zum Dank für ihre Verdienste belohnt?

Die Republikanische Partei wurde von folgenden Männern für das CFR kontrolliert: Dwight D. Eisenhower, John Foster Dulles, Thomas E. Dewey, Jacob Javits, Robert McNamara, Henry Cabot Lodge, Paul Hoffman, John Gardner, dem Rockefeller-Clan, Elliott Richardson, Arthur Burns, Henry Kissinger und Richard Nixon.

Es wurde zwar jede Verwaltung seit F. D. Roosevelt vom CFR beherrscht, die Nixon-Regierung hält jedoch durch die Berufung von 110 CFR-Mitgliedern in Schlüsselpositionen

der Regierung den Rekord. Henry Kissinger repräsentiert das vollkommene Gegenteil von dem, wofür Richard Nixon in seiner Wahlkampagne einzutreten versprach. Liberale und Konservative sind sich einig, daß Kissinger bei weitem der bedeutendste Mann in der Nixon-Regierung ist. ...<<

22.03.2003

BRD: Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtet am 22. März 2003 (x887/...):
>>"Neues deutsches Sprechen"

Wir sind keine Kids, sondern Kinder", stellten die 139 Schülerinnen und Schüler im niedersächsischen Gifhorn am internationalen "Tag der Muttersprache" fest. Und: "Wir wollen klares Deutsch, klares Englisch. Kein Denglisch. Keine überflüssigen Anglizismen." Sie hatten sich zuvor an ihrer Christoph-Kolumbus-Schule intensiv mit der Sprachpanscherei, der Mischung von Deutsch und Englisch beschäftigt.

Auch Gifhorns Bürgermeister Manfred Birth lehnte die Sprachenmischung ab: "Die Muttersprache ist wichtiges Kulturgut eines Volkes. Sie ist nicht statisch, sondern verändert sich. Aber sie darf in dieser Veränderung nicht von anderen Sprachen überdeckt werden." Hannelore Pirllich vom Verein Deutsche Sprache fügte hinzu: "Ohne unsere Muttersprache wird unsere Kultur sprachlos."

Die Gifhorer Schülerinnen und Schüler, ihr Bürgermeister und der Verein Deutsche Sprache wissen, was in einer Zeit der systematischen Zerstörung der deutschen Sprache richtig und notwendig ist. Damit sind sie den Kultusministern der Länder der Bundesrepublik Deutschland weit voraus. Beteiligen sich doch diese berufenen Vertreter der deutschen Kulturpolitik mit Eifer an den Bemühungen, unser Land mit Anglizismen zu überziehen. Gemeinsam mit dem Bundesminister für Bildung und Forschung und dem Bundesminister für Familie, Senioren, Frauen und Jugend veranstalten sie einen sogenannten "Girl's Day".

Am 8. Mai dieses Jahres - ansonsten im politischen Spektrum vom Gedenken an Kapitulation, Niederlage bis hin zu "Befreiung" besetzt - sollen bundesweit junge Mädchen mit ihren künftigen Berufschancen vertraut gemacht werden. Schon in den beiden vergangenen Jahren stand der Zukunftstag für Mädchen unter dieser albernen Bezeichnung. Inhaltlich handelt es sich dabei um eine gute Idee, mit der den Kindern und Eltern geholfen werden soll, erste praktische Einblicke und Kontakte in verschiedene Berufsfelder und Unternehmenszweige zu gewinnen, um zukunftsgerechte Berufsentscheidungen treffen zu können.

So hatten denn auch in den beiden Vorjahren diese Mädchentage, dort, wo sie informations- und ereignisreich gestaltet wurden, ein positives Echo. Die unsinnige Bezeichnung "Girl's Day" für eine deutsche Unterrichtsveranstaltung hat offenbar niemand in den vielen Kultusministerien in Frage gestellt, auch nicht in den zahlreichen gesellschaftlichen Organisationen, die sich an der Vorbereitung und Gestaltung dieses Tages beteiligen.

Das sind der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB), die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), die Bundesanstalt für Arbeit (BA), der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK), der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) und der Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH).

Tatsache ist: Diese allumfassende gesellschaftliche Repräsentanz des staatlichen, wirtschaftlichen und sozialen Lebens unserer Republik tritt unter dem Namen "Girl's Day" an, um den jungen Mädchen in Deutschland die Arbeitswelt zu zeigen.

Die ganz persönliche berufliche Zukunft soll "auf Englisch" beginnen. Die Unterhaltungsindustrie liefert den Spaß dazu mit "Halloween" und "Red Nose Day", während die öffentlich-rechtlichen und privaten Medien das Ganze mit englischsprachiger Musik berieseln.

Daraus folgt: Die jungen Leute von heute werden systematisch ihrer deutschen Muttersprache entfremdet und damit geistig und kulturell unterworfen. Auch die grüne Bundesverbraucherministerin Renate Künast leistet ihren Beitrag zu dieser Art Jugenderziehung. Gemeinsam mit

der Deutschen Landjugend und dem Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) hat sie das "biofood project" auf die Beine gestellt, das durch die Lande zieht. Dabei sollen Tausende Kinder und Jugendliche erfahren, "was sie essen" und woher die Nahrungsmittel kommen.

Dumm nur, daß "biofood project" nicht einmal Englisch ist, denn "Bionahrung", die Frau Kü-nast wohl meint, heißt im englischsprachigen Raum "organic (grown) food". Die Ministerin macht sich international bestenfalls lächerlich, denn die Bezeichnung ihres "biofood projects" ist "Denglisch", wie die Abkürzung für Deppenenglisch lautet.

Die Kinder von Gifhorn wehren sich. Sie wissen, daß ihre Muttersprache nicht nur die am meisten gesprochene Sprache in Europa ist, sondern wegen der Mittellage Deutschlands auch die meisten Sprachkontakte auf unserem Kontinent hat. Sie achten das Englisch als weltweit wichtigste Fremdsprache, die es zu lernen gilt, wenn man in der Muttersprache geistig und emotional "zu Hause ist". Die Kultusminister und mit ihnen Politik und Wirtschaft unseres Landes sollten in Gifhorn in die Schule gehen und dort lernen.<<

16.04.2003

Griechenland: In Athen unterzeichnen am 16. April 2003 die 15 Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union und der zehn Beitrittsländer (Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechische Republik, Ungarn und Zypern) die Beitrittsverträge.

26.04.2003

BRD: Der deutsche Jesuit und Publizist Lothar Groppe berichtet am 26. April 2003 in der Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" (x887/...): >> **Die Rolle von Juden im Bolschewismus**

Johannes Rogalla v. Bieberstein greift in seinem neuesten Buch ein brisantes Thema auf

Die Behandlung des höchst brisanten Themas durch einen auch im Ausland anerkannten Fachmann dürfte zu einer objektiveren Sicht der jüngsten Geschichte beitragen. Professor Nolte schrieb hierzu ein gewichtiges Vorwort. Ein Rußlandexperte von Harvard stellte 1996 fest: "Die Unterstellung, daß das internationale Judentum den Kommunismus erfand, um die christliche oder 'arische' Zivilisation zu zerstören, habe die ideologische und psychologische Begründung der 'Endlösung' geschaffen."

Zwar lehnte die Mehrheit der Juden den bis dahin unvorstellbaren Terror der Bolschewisten ab, was aber nicht verhinderte, daß die christliche Welt auf die bolschewistische Bedrohung mit Antisemitismus reagierte. Der amerikanische Autokönig Henry Ford prangerte in seinem Weltbestseller "Der internationale Jude" die Juden generalisierend als "Revolutionsmacher", speziell in Deutschland und Ungarn, wo Bela Kun eine jüdische Räterepublik errichtet hatte, an. Sein Buch wurde in 16 Sprachen übersetzt und lieferte den Nationalsozialisten willkommene Munition für ihren Kampf gegen die Juden. Es war nur folgerichtig, daß Ford Hitler unterstützte.

Daß nach dem Zweiten Weltkrieg Tausende Bücher über Antisemitismus und Nationalsozialismus erschienen, aber kein einziges über den "jüdischen Bolschewismus", glaubt der israelische Historiker Jacob L. Talmon darin begründet, daß es sich um ein explosives Thema handelt, nämlich um die historische Verantwortung und Schuld der Juden für den Bolschewismus.

Wenn Daniel Goldhagen in "Hitlers willige Vollstrecker" behauptet, der Antisemitismus habe mit dem Handeln der Juden nichts zu tun, ist im günstigsten Fall anzunehmen, daß er die Geschichte nicht kennt.

Wenn Elie Wiesel schreibt: "Die Mörder (der Juden) waren Christen", könnte man mit sehr viel mehr Recht darauf hinweisen, daß jüdische Bolschewisten den Tod von Millionen Menschen auf dem Gewissen haben.

In der Tschekei, der bolschewistischen Geheimpolizei, betrug der Anteil von jüdischen Spitzenfunktionären im Jahr 1934 39 Prozent, bei einem Bevölkerungsanteil von lediglich zwei

Prozent. Trotzki war der erste Vorsitzende der "Gesellschaft der Gottlosen".

Sein Stellvertreter, Emeljan Jaroslawski, ebenfalls Jude, erklärte: "Wir wollen alle Kirchen der ganzen Welt in ein riesiges Meer von Flammen stürzen." Von 54.000 russischen Kirchen 1914 waren 1940 noch ganze 500 übriggeblieben. Der "kriegerische Atheismus" wurde in der Sowjetunion unter führender Beteiligung der jüdischen Revolutionäre Trotzki und Jaroslawski mörderisch verwirklicht.

Juden arrangierten sich vielfach mit den Bolschewisten als dem geringeren Übel. Im Bürgerkrieg befanden sie sich in einer Zwangslage: bei den Bolschewisten mißfiel ihnen vieles, aber bei den "Weißen" mußten sie wegen der Gleichsetzung von Jude und Bolschewik das Schlimmste befürchten. Die gewaltige Überrepräsentanz von jüdischen Bolschewiken war für die Antisemiten in Rußland und aller Welt ein "Sowjetjudää". Es wurde aber unterschlagen, daß die jüdischen Kommunisten alles andere als Repräsentanten der Juden waren.

Ähnliches gilt von den Hauptverantwortlichen für den Holocaust: Himmler, Heydrich, Eichmann und Höß waren demonstrativ aus der Kirche ausgetreten. Im Kreis seiner Vertrauten ließ Hitler keinen Zweifel daran, das Christentum nach dem "Endsieg" auszurotten.

Trotz zahlreicher Juden in den Reihen der Bolschewiken ist die Rede vom "jüdischen Bolschewismus" eine böswillige Verallgemeinerung. Antibolschewistische Juden in Berlin verurteilten 1923 die Parteinahme von Juden für den Bolschewismus als schwere, verhängnisvolle Schuld. Jakob Mazeh, der Moskauer Oberrabbiner, hatte seinerzeit Trotzki beschworen: "Die Trotzki machen die Revolution, und die Bronsteins müssen dafür bezahlen."

Wie in der Tschecha war auch in der Komintern der Anteil jüdischer Kommunisten außerordentlich hoch. Erster Präsident der Komintern war der Jude Sinowjew, ihre reisenden Funktionäre waren ausnahmslos Juden. Dennoch bildeten jüdische Kommunisten in der Gesamtheit der Juden eine Minderheit. Die Juden Mittel- und Westeuropas waren überwiegend bürgerlich-liberal oder sozialdemokratisch orientiert. In der Weimarer Republik betrug der Anteil der Juden an der kommunistischen Reichstagsfraktion etwa zehn Prozent, bei einem Bevölkerungsanteil von 0,7 Prozent.

In Österreich stammten linksradikale KPÖ-Mitglieder vielfach aus jüdischen Familien. Antisemitische Agitatoren arbeiteten mit der Gleichsetzungstheorie Jude gleich Revolutionär. Man sprach vom Revolutionsjuden ... So wuchs der Antisemitismus dramatisch an. Die in Ungarn vom Juden Bela Kun errichtete Räterepublik verfügte über überwiegend jüdisches Führungspersonal. Von 48 Volkskommissaren waren 30 Juden, von 202 Spitzenbeamten 161. Nach dem Zusammenbruch brandete eine Haßwelle durch das Land. Dem "weißen" Terror fielen rund 5.000 Menschen zum Opfer, unter ihnen etwa 3.000 Juden.

Auch in der Sowjetunion führte die Überrepräsentanz jüdischer Funktionäre zum unbändigen Haß gegen die Juden, der in den 30er Jahren des vorigen Jahrhunderts zum "Holocaust an den sowjetischen Juden" führte. Die "Protokolle der Weisen" galten als Beweis für die Drahtziehertheorie. Nach ihr gab es eine geheime jüdische Weltregierung, die eine jüdische Weltherrschaft herbeiführen will. Stalin suchte sich durch skrupellosen Antisemitismus als russischer Patriot zu empfehlen.

Daß sein Vertrauter Kaganowitsch zweiter Mann in der Sowjetunion wurde, diente als Alibi, daß er nichts gegen die Juden habe. Kaganowitsch wie der ebenfalls jüdische Chef der Tschecha, Jagoda, trugen die Hauptverantwortung für den Tod von 14,5 Millionen Menschen während der Kollektivierung der Landwirtschaft, vor allem in der Ukraine. Dies steigerte den Antisemitismus und führte in der Ukraine und in Galizien zu blutigen Pogromen.

Der jüdische Soziologe Manès Sperber wandte sich wegen der "Säuberungen" vom Kommunismus ab. Er räumte ein, "daß Juden nicht immer nur die Opfer, sondern auch Täter waren". Nach dem Ersten Weltkrieg eskalierte die Judenfeindschaft in den USA, weil die eingewanderten Juden einen "Vortrupp des Bolschewismus" darstellten. Der britische Globe unterstellte

am 5. April 1919, daß der Bolschewismus der "erste Angriff des Judentums auf das Christentum" sei.

In Berlin war die sowjetische Botschaft der Herd der bolschewistischen Agitation. In der KPD gab es viele jüdische Spitzenfunktionäre. Jedoch mehr noch als in Berlin traten in München jüdische Revolutionäre in Erscheinung, was zu einem aggressiven Antisemitismus führte. Die jüdische Kommunistin Ruth Fischer vertrat die These, ohne den Bürgerkrieg in Bayern wäre München nie zur Geburtsstätte der Hitler-Bewegung geworden.

Bei der Tagung "Yiddish and the Left" 2001 in Oxford kritisierte Tony Michels das Widerstreben seiner Zeitgenossen, öffentlich die "disproportionale" Zahl der jüdischen Mitglieder der kommunistischen Parteien zu diskutieren. Jedoch Tatsachen verschwinden nicht durch Verschweigen. Es gilt, zunächst die Fakten zur Kenntnis zu nehmen und dann nach einer Erklärung für sie zu suchen. Der hohe Anteil von Juden an kommunistischen Parteien ist weitgehend darin begründet, daß sie jahrhundertlang unterdrückt wurden und sich durch den Anschluß an den Bolschewismus ihre Befreiung erhofften.

Es ist jedoch keine böswillige Unterstellung, sondern Tatsache, daß gerade jüdische Revolutionäre das Christentum zu vernichten suchten. Henryk M. Broder wies anlässlich der Eröffnung des jüdischen Museums in Berlin am 24. September 2001 im Spiegel darauf hin, daß das Museum nur "brave Juden" präsentiere, aber nicht "unerwünschte" wie Karl Marx und Rosa Luxemburg. Ohne die Existenz jüdischer Kommunisten wäre die Vorstellung vom jüdischen Kommunismus weder entstanden noch plausibel zu machen.

Die Kampfansage des Bolschewismus an die bürgerliche und christliche Welt hat den Antisemitismus noch verstärkt. Diesen Zusammenhang zu ignorieren und, wie Goldhagen, zu behaupten, Antisemitismus habe nichts mit dem Handeln der Juden zu tun, verfälscht die Geschichte. Die Identifizierung von Juden mit Bolschewisten diene den Nationalsozialisten als perfekter Vorwand für ihren Massenmord an den Juden.

Biebersteins Buch dürfte nicht allgemeinen Beifall finden, da es nicht der Political Correctness entspricht. Aber die These von durchgängig jüdischen Opfern ist ebenso unhaltbar wie die von "Hitlers willigen Vollstreckern. Die sorgfältigen Belege seiner Ausführungen vermögen Juden wie Nichtjuden vom hohen Roß der Selbstgefälligkeit" und des arroganten Pharisäismus herunterzuholen, sofern beide entschlossen sind, sich nicht von vorgefaßter Ideologie, sondern von Tatsachen leiten zu lassen und die Geschichte so zu sehen, "wie es eigentlich gewesen ist". ...

Johannes Rogalla v. Bieberstein, "Jüdischer Bolschewismus. Mythos und Realität", ... Dresden 2002 ...<<

24.05.2003

BRD: Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtet am 24. Mai 2003 (x887/...): >>**Integration ist keine "Einbahnstraße"**

Deutschland ist ein überaus gastfreundliches Land. Wir haben viele "Gäste", acht Millionen, neun Millionen, vielleicht auch noch mehr. Ganz genau wissen wir es nicht. Wie das eben so ist bei Gästen: Sie kommen, sie gehen - letzteres eher selten.

Unter all diesen "Gästen" sind allein über zwei Millionen Türken. Und unter diesen ist uns in den letzten Wochen ein "Gast" besonders aufgefallen: Tuncer Kilinc, Generalsekretär des Nationalen Sicherheitsrats in Ankara. Nahezu unbemerkt von der veröffentlichten Meinung bereiste er kürzlich Deutschland und weitere türkisch besiedelte Länder Westeuropas, um - wie die Stuttgarter Nachrichten zutreffend formulierten - "die politischen Truppen der Türkei zu mustern".

Der General visitierte Kulturvereine und politische Gruppierungen, religiöse Organisationen und Sportvereine. Seine immer gleiche Botschaft: Haltet zusammen in der Fremde, zeigt nationale Identität, vertritt die nationalen Anliegen und Ziele eures - türkischen - Vaterlandes

"wie eine einzige Faust"! Das Gegenteil also von Integration...

Zur Ehrenrettung des Generals soll aber auch erwähnt werden, daß er mit Vertretern der von Köln aus operierenden islamistischen Organisation "Milli Görüs" heftig aneinandergeriet: Sie seien "Frömmler und Fanatiker". Solche Leute sind den traditionell laizistisch orientierten türkischen Militärs ebenso suspekt wie dem deutschen Verfassungsschutz.

Die Regierung in Ankara freilich sieht das ganz anders. Sie wies ihre Botschaften in Berlin und anderen europäischen Hauptstädten an, die Zusammenarbeit mit Milli Görüs enger zu gestalten, was man durchaus auch als "Unterstützung einer terroristischen Vereinigung" interpretieren kann.

Milli Görüs, im Verfassungsschutzbericht als "extremistisch" eingestuft, will nach eigenem Bekunden "den deutschen Staat mit neuem muslimischem Selbstbewußtsein von Grund auf umkrepeln" und bedient sich dabei aller möglichen örtlichen Organisationen, zum Beispiel der "Islamischen Föderation" in Berlin. Zumindest behauptet dies FAZ-Redakteur Udo Ulfkotte in seinem Buch "Der Krieg in unseren Städten". Prompt wurde der mutige Journalist mit Klagen überzogen, so daß eine zweite Auflage des inzwischen vergriffenen Buches vorerst nicht möglich ist.

Der "Islamischen Föderation" geht es um Macht, Einfluß und Geld. Sie ist als Religionsgemeinschaft anerkannt, ein Status, den sie sich laut taz mit "Lügen im Namen Gottes" vor dem Berliner Oberverwaltungsgericht erschlichen hat. Das bedeutet im Klartext: Sie darf an 20 Schulen etwa 3.500 Kindern islamischen Religionsunterricht erteilen, großzügig finanziert aus den ansonsten leeren Kassen des rot-roten Berliner Senats.

Während also diese Organisation, unterstützt von einem deutschen Gericht, Zensur durch die Hintertür praktiziert, während ein türkischer General seine hier lebenden Landsleute zu engstirnigem Nationalismus aufhetzt, debattiert unser Bundestag über Zuwanderung und Integration. Den Herren Volksvertretern sei in Erinnerung gerufen: Integration ist keine Einbahnstraße! Und wer als Gast in unser Land kommt, wer als solcher behandelt werden will, der soll sich auch wie ein Gast benehmen!<<

Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtet am 24. Mai 2003 (x887/...): >>**Debatte um den Bombenkrieg und Jörg Friedrichs Buch "Der Brand"**

Wieder andere waren in der Glut so zu Asche geworden, daß man die Überreste mehrköpfiger Familien in einem einzigen Waschkorb davontragen konnte". Das Grauen des Luftkrieges ist in Deutschland lange Zeit relativ marginal untersucht worden. Die ungeheure Dimension der Vernichtung wurde eher selten mit ganzer Schärfe dargestellt. Jörg Friedrich, einem Außenseiter der Historikerzunft, blieb es vorbehalten, in "Der Brand" den "Totengesang auf die verlorene Vergangenheit" deutscher Städte anzustimmen.

Friedrichs monumentales Werk löste in Großbritannien und Deutschland nicht nur bei Wissenschaftlern heftige Streitigkeiten aus. Die Bild-Zeitung druckte Teile des Buches ab; massive Gegenangriffe des Daily Telegraph folgten. Ist Winston Churchill als Kriegsverbrecher zu beurteilen? War der gegen Deutschland geführte Luftkrieg ein Massenmord?

Lothar Kettenacker, der am Deutschen Historischen Institut in London arbeitet, hat ein interessantes Buch herausgegeben. Darin diskutieren und bewerten Deutsche und Engländer, Historiker und Publizisten Friedrichs provokante Thesen. Die meisten Texte erschienen bereits in Zeitungen; andere Beiträge sind eigens für diesen Band verfaßt worden.

Warum fristete die Erinnerung an das Bombenmassaker, dem etwa 600.000 deutsche Zivilisten, davon 15 Prozent Kinder, zum Opfer fielen, im Vergleich zur Holocaust-Debatte ein Schattendasein? Die Sorge vieler Ideologen, Schuld könne "aufgerechnet" werden, ein Vorwurf, der jetzt auch gegen Friedrich erhoben wird, ist sicher an erster Stelle zu nennen. Auch wollte man in der Zeit des Kalten Krieges, wie manche Autoren glauben, die Westmächte nicht in Verlegenheit bringen.

Im ersten Teil des Buches analysieren Militärgeschichtler allgemeine Hintergründe des Luftkrieges, die Friedrich zu wenig berücksichtige.

Übten Briten und Amerikaner letztlich nur "Vergeltung"? Richard Overy und Horst Boog halten diese These für wissenschaftlich überholt. Schon 1917/18 und während der 20-er Jahre erwogen britische und amerikanische Experten, in einem künftigen Krieg die Zivilbevölkerung des Gegners anzugreifen, um die Widerstandskraft der arbeitenden Bevölkerung zu untergraben. Die Idee des "moral bombing", der Glaube, daß man das feindliche Land dort treffen müsse, wo es am schwächsten sei, war lange vor 1939 geboren.

Seit Anfang 1942 unterschieden Briten und Amerikaner nicht mehr zwischen militärischen und zivilen Zielen und praktizierten flächendeckende Bombenangriffe gegen Deutschland. Sie hofften, den deutschen "Sozialkörper", besonders die Arbeiterschaft, zu brechen.

Luftmarschall Harris betonte 1943, daß England "die deutschen Städte und ihre Einwohner auslösche". Deutschland sollten, verkündeten britische Offizielle, "die Eingeweide herausgerissen" werden. Churchill und Roosevelt billigten vorbehaltlos diese Strategie. Der britische Premierminister redete von "Ausrottung" und gedachte, "menschenleere Räume" zu schaffen. In den letzten sechs Monaten des Krieges, als die Entscheidung längst gefallen war, hagelten ebenso viele Bomben auf Deutschland wie in der gesamten Kriegszeit vorher. Jetzt erst sanken Städte wie Dresden, Würzburg und Potsdam in Schutt und Asche.

Die meisten Autoren sind davon überzeugt, daß die alliierte Luftoffensive scheiterte. Es sei erwiesen, schreibt Hans Mommsen, daß die Bombenangriffe fatalerweise die Solderisierung der Deutschen mit dem NS-Regime verstärkten. Auch gelang es nicht, das deutsche Wirtschaftssystem spürbar zu schwächen, sondern die Rüstungsindustrie steigerte ihre Produktion. Die zweite Hälfte des Buches beinhaltet die deutsche und britische "Opferdebatte", die Friedrich ausgelöst hat.

Der rein wissenschaftliche Ertrag von "Der Brand" mag eher dünn ausfallen. Doch wolle Friedrich vor allem, darin sind sich die meisten Autoren einig, die Tragödie des sinnlosen Massensterbens und eine gemordete Stadtkultur betrauern. Andere wiederum befürchten, daß Friedrich, obwohl er über den Holocaust geforscht hat, dem "Geschichtsrevisionismus" und der "Aufrechnung" Vorschub leiste.

Als extremes Beispiel hierfür darf der konservative britische Autor Correlli Barnett gelten. "Nun hat sich Jörg Friedrich diesem gefährlichen Pack von Revisionisten angeschlossen, die Großbritannien einen historischen Dolch in den Rücken stoßen".

Hans-Ulrich Wehler unterstellt Friedrich, dieser wolle das jahrelange Bombardement als "Unikat" des Massenmordens interpretieren, betrachte es isoliert vom übrigen Kriegsgeschehen und betreibe einen "modischen Opferkult", indem er Holocaust und Luftkrieg semantisch gleichsetze. So bezeichne Friedrich Bomberpiloten als "Einsatzgruppen" und Keller als "Krematorien".

Darf man derartige Vergleiche prinzipiell nicht anstellen? Die Vernichtung der Städte erfolgte in erster Linie durch "Feuerstürme", die Brandbomben verursacht hatten. Der Luftkrieg basierte auf der "Wissenschaft vom Feuer".

Klug und ausgewogen argumentiert die Schriftstellerin Cora Stephan. Friedrich relativiere nicht, sondern erzähle einfach nur Tatsachen, ohne sie explizit "verbrecherisch" zu nennen. Es sei absurd, eine Barbarei gegen die andere aufwiegen zu wollen. Aber Friedrich mache klar, daß die einstigen Sieger ihre Verstrickungen in schweres Unrecht ebenso zu bewältigen hätten. Diese Gedächtnislücke sei zu schließen, damit Europa ein "gemeinsames Fundament" erhalte.

Lothar Kettenacker (Hg.), "Ein Volk von Opfern? Die neue Debatte um den Bombenkrieg 1940-45", ... Berlin 2003 ...<<

10.07.2003

Belgien: Der Konvent und legt dem Europäischen Rat am 10. Juli 2003 einen Entwurf für eine europäische Verfassung vor.

15.07.2003

Polen: Der polnische Außenminister Wladyslaw Bartoszewski schreibt am 15. Juli 2003 in der polnischen Zeitung "Rzeczpospolita" (x309/95): >>Auf der Potsdamer Konferenz im Sommer 1945 wurde über den Transfer der deutschen Bevölkerung aus jenen Gebieten entschieden, welche Polen zugeteilt wurden, und zwar nicht im Ergebnis einer freien Willensäußerung unserer Gesellschaft.

Und es war auch gewiß kein Grund zu ungetrübter Freude für die Polen, daß sie im Austausch gegen acht Wojewodschaften (Regierungsbezirke), in denen sie seit Jahrhunderten gelebt hatten und die nun der damaligen Sowjetunion zugeschlagen wurden, die Gebiete an der Oder und Neiße erhielten.<<

26.07.2003

BRD: Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtet am 26. Juli 2003 (x887/...): >>**Hintze: Duckt Euch!**

Kohls Ex-General fordert Kontinuität in der Mißachtung deutscher Interessen

Eigentlich wäre die Diskussion bei Sabine Christiansen am vorletzten Sonntag belanglos gewesen - war doch aus dem Hickhack, aus der Pöbelei des sozialdemokratischen Europa-Abgeordneten Martin Schulz gegen den italienischen Ministerpräsidenten und dessen ebenso witz- wie niveauloser Replik, die Luft raus - wäre da nicht eine Bemerkung des ehemaligen CDU-Generalsekretärs, des Pfarrers Peter Hintze, gewesen.

Der fand zwar auch Berlusconis Bemerkung unappetitlich, der Sozi solle sich in einem Film über KZs als Kapo-Darsteller bewerben, doch empörte es ihn noch viel mehr, daß Bundeskanzler Schröder daraufhin seinen Urlaub in Italien abgesagt hatte. Es habe bisher, so Hintze, allgemeine Übereinstimmung bei allen Bundesregierungen von Willy Brandt bis Helmut Kohl gegeben, im internationalen Verkehr nicht für Deutschland dessen Gewicht als größtes, volkreichstes und wirtschaftlich stärkstes Land Europas in die Wagschale zu werfen - "wegen unserer Vergangenheit".

Da geht der deutsche Wähler davon aus, daß seine Regierungen bei internationalen Verhandlungen die Interessen Deutschlands wahrnehmen, und nun müssen wir hören, daß tatsächlich alle Bundesregierungen stets alles geschluckt haben, was das Ausland von ihnen forderte. Denn nichts anderes bedeutet doch die Darstellung des Pfarrers Hintze, der auch niemand in der Christiansen-Runde widersprach - im Gegenteil nickten alle verständnisvoll mit dem Kopf.

Dann leuchtet es auch ein, warum die Bundesrepublik mit riesigem Abstand die höchsten Netto-Zahlungen an die Europäische Union zu leisten hat, nämlich in diesem Jahr beispielsweise 14,7 Milliarden Euro, das sind 22,7 Prozent des gesamten EU-Haushaltes. Davon versorgt sich zunächst einmal der EU-Verwaltungsapparat, um dann den Rest an andere Staaten zu verteilen, so zum Beispiel an Griechenland, an Portugal, an Spanien und an Irland (dem es inzwischen wirtschaftlich weitaus besser geht als Deutschland).

Dann wird auch verständlich, warum unser Land die dritthöchsten Beiträge an die Uno zu entrichten hat, warum Bundeswehrsoldaten nahezu in aller Welt die Köpfe bei internationalen Konflikten hinhalten müssen bei Einsätzen, deren Kosten inzwischen in die Milliarden gehen. Und so geht es beliebig weiter. Offenbar "wegen der deutschen Vergangenheit" schlossen wir mit allen möglichen Ländern Sozialabkommen, die zum Beispiel zur Folge haben, daß in Deutschland lebende Ausländer in der Krankenversicherung erhebliche Vorrechte gegenüber deutschen Versicherten haben.

Wenn Ausländer in Deutschland krankenversichert sind, gleichgültig ob sie arbeiten, ob sie

arbeitslos oder Sozialhilfeempfänger sind, dann sind automatisch kostenlos auch ihre Familienangehörigen in den Heimatländern mitversichert, und der Begriff der Familie wird nach der jeweiligen ausländischen Rechtslage ausgelegt. In der Türkei gehören zur Familie auch die Eltern des in Deutschland Versicherten sowie dessen Geschwister. Deren Behandlung in der Türkei hat die deutsche Versicherung zu finanzieren!

"Die deutsche Vergangenheit" ist offenbar auch die Ursache für die unvergleichlich großzügige deutsche Asylregelung. In kein anderes Land sind, zumal wenn man es umrechnet auf die Bevölkerungsgröße, so viele Ausländer geströmt wie in die Bundesrepublik. Das hat dann zur Folge, daß etwa ein Viertel der Ausländer Sozialhilfe oder ähnliche staatliche Leistungen bezieht; das waren 2001 über 600.000. Und das bei einem Ausländeranteil, der nicht einmal neun Prozent ausmacht.

Wie Deutschland gemolken wird und mit welcher Großzügigkeit unsere Regierungen die Steuergelder "aufgrund unserer Vergangenheit" verschleudert, das mag etwa aus dem kürzlich zu Tage getretenen Wahnsinn hervorgehen, daß aus deutschen Steuergeldern alljährlich 25.000 Euro zur Finanzierung der Love Parade nach Mexiko-Stadt überwiesen werden.

Deutschland läßt sich permanent "mit unserer Vergangenheit" erpressen, und keine Regierung wagt Widerstand. Und wenn Kanzler Schröder das tut, was an seiner Stelle jeder andere Regierungschef auch getan hätte, nämlich seinen Urlaub absagt, nachdem sein Land massiv beleidigt worden war, dann deutet das Pfarrer Hintze als Bruch des Konsenses deutscher Katzbuckelei.

Der deutsche Wähler hat diesen Mechanismus noch nicht begriffen. Er mag sich zwar wundern, daß ein an sich wohlhabendes Land mit einer leistungsfähigen Wirtschaft pleite ist, doch führt er das auf undurchschaubare und nicht zu ändernde internationale Gesetzmäßigkeiten zurück. Nur in seltenen Fällen legt jemand den Finger in die Wunde wie am 18. dieses Monats in der FAZ der namhafte Volkswirtschaftler Prof. Dr. Franz-Ulrich Willeke.

Der Verfasser zahlreicher wissenschaftlicher Werke schreibt: "Die defizitäre Haushaltslage Deutschlands und die Schwächung der öffentlichen Investitionstätigkeit hängen bei allen sonstigen Problemen auch mit dem hohen Nettobeitrag zusammen" (den Deutschland an die EU zahlen muß). Und, so sei ergänzt, die exorbitanten Zahlungen wiederum werden begründet mit "der deutschen Vergangenheit."

Natürlich bekämpfen alle, die von der angeblichen Einmaligkeit der deutschen Verbrechen profitieren, jeden Versuch, die damaligen Ereignisse auf ihr wirkliches Ausmaß zurückzuführen, würde ihnen doch durch die Aufklärung die Waffe aus der Hand geschlagen, mit der sie uns erpressen. Das kann aber nicht hindern, die Bemühungen sachlich fortzusetzen.

Man stelle sich vor, daß etwa die Regierung der USA mit gebeugtem Haupt in internationale Verhandlungen ginge, weil das moderne Amerika nur entstehen konnte, nachdem man die Urbevölkerung ausgerottet hatte, oder daß die Briten von Reue über die Unmengen von Blut geschüttelt wären, die ihr gewaltiges Kolonialreich gekostet hat, oder daß Putin die Interessen Rußlands hintan stellt angesichts der 80 Millionen Toten, die sein Land zur Zeit der bolschewistischen Herrschaft verursacht hat. Niemand erwartet das von ihnen.

So mögen endlich auch die Deutschen wieder zur selbstbewußten Nation werden.<<

03.08.2003

BRD: Die Tageszeitung "Die Welt" berichtet am 3. August 2003 über ein Interview mit dem deutschen Modedesigner Wolfgang Joop (x354/110): >>... Das übertriebene schlechte Gewissen in Deutschland finde ich nachvollziehbar, aber therapeutisch nicht vorteilhaft. Ich fahre jeden Tag am zukünftigen Holocaust-Denkmal vorbei. Das ist so penetrant und plump. Es fordert jetzt schon zum Vandalismus auf.

Ein entseeltes Labyrinth aus Beton, in dem wahrscheinlich, nur gesprayt, gedealt und geschändet wird. Es ist wieder nur ein Monument deutscher Unbelehrbarkeit.<<

18.08.2003

BRD: Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" berichtet am 18. August 2003 über Theodor W. Adorno: >>**Die vielen Hansjürgens und Utes**

Gegenüber seinen Eltern genoß Adorno die Rolle des Kindes, des "Bubs", wie ihn seine Mutter in der Korrespondenz ansprach. Einem Kind trägt man nichts nach, man weiß, daß sein Verantwortungsgefühl noch begrenzt ist und daß zu seiner, mit Freud gesprochen: polymorph-perversen Triebausstattung der Sadismus nun einmal dazugehört.

Gegenüber seinen Eltern genoß Adorno die Rolle des Kindes, des "Bubs", wie ihn seine Mutter in der Korrespondenz ansprach. Einem Kind trägt man nichts nach, man weiß, daß sein Verantwortungsgefühl noch begrenzt ist und daß zu seiner, mit Freud gesprochen: polymorph-perversen Triebausstattung der Sadismus nun einmal dazugehört.

Zum brieflichen Beschnuppeln der "Nilpferdstute" Maria Wiesengrund-Adorno, ihres Mannes Oscar Wiesengrund (im Briefwechsel meist "WK" genannt), des "Nilpferdkönigs Archibald", also Adornos, und der "Giraffe" - das ist Gretel Adorno - gehörten deshalb auch die regelmäßigen Ausfälle gegen die "Brut", das "Gesindel" der in Deutschland zurückgebliebenen Adorno-Verwandtschaft, besonders gegen den von Teddie mit grotesker Wut verfolgten Onkel Louis, genannt Louische, den er, wie er einmal schreibt, am liebsten seinem Hund als Braten vorgesetzt hätte.

Brieflicher Sadismus kann, wie man aus der Korrespondenz des britischen Romanciers Evelyn Waugh weiß, für den Leser im höchsten Maß erheiternd wirken: Die Entlastung von der inneren Zensur entlädt sich im befreiten Lachen.

Hier aber gibt es Stellen, bei denen es dem Leser nicht wohl wird. Daß die emigrierte Familie, deren Oberhaupt nach dem Novemberpogrom von 1938 schwer gelitten hatte, auf die Niederlage Hitlers hoffte, ist selbstverständlich.

Aber wenn Adorno am 26. September 1943 an die Eltern schreibt: "Fast muß man bitten, daß es nicht zu schnell geht: daß nicht ein politischer Zusammenbruch erfolgt, der den Deutschen die offene militärische Niederlage erspart und sie doch nicht so am eigenen Leibe fühlen läßt, was sie angerichtet haben" - dann mag auch den in der Wolle gefärbten Adorniten ein Schauder überlaufen. Der Brief fährt fort: "Ich habe nichts gegen die Rache als solche, wenn man auch nicht deren Exekutor sein möchte - nur gegen deren Rationalisierung als Recht und Gesetz. Also: möchten die Horst Güntherchen in ihrem Blut sich wälzen und die Inges den polnischen Bordellen überwiesen werden, mit Vorzugsscheinen für Juden."

In Adornos Brief vom 7. April 1945 artikuliert sich die Befriedigung über das bevorstehende Ende des Nationalsozialismus in einer Sprache der spaßigen Grausamkeit: "In Deutschland hat die große allgemeine Turnerei eingesetzt, die ich mit ungeteilter Freude verfolge." Besonders fällt der Kontrast auf, wenn der Verfasser im gleichen Brief die eigenen Leiden beklagt: Kopfschmerzen und einen "Entzündungsherd im Hals-Nasensystem". Schließlich, am 1. Mai 1945: "Alles ist eingetreten, was man sich jahrelang gewünscht hat, das Land vermüllt, Millionen von Hansjürgens und Utes tot."

Daß es zuweilen um mehr als um infantilen Sadismus ging, nämlich um geschichtsphilosophische Gewißheiten des Marxisten Adorno, die sich mit den antipathischen Affekten vermischten, behauptet in einer noch unveröffentlichten Arbeit der Frankfurter Germanist Hartmut Scheible. Sein Beleg ist ein Brief Adornos an seine Eltern, in dem dieser über den emigrierten Violinvirtuosen Fritz Kreisler meldete: "In bezug auf Kreisler bin ich völlig Eurer Meinung. Er ist schon lange auf den Hund gekommen und hat jeden Maßstab verloren.

Diese ganze Art des Musizierens gehört liquidiert, und man fragt sich manchmal, ob die deutsche Barbarei, die zu dieser Liquidation beiträgt, nicht hier wie in vielem anderen gegen den eigenen Willen einen sehr gerechten Urteilsspruch vollstreckt." Wem es hier nicht die Sprache verschlägt, der hat keine.

Ansonsten findet man eine angeregte und dichte Familienkonversation, in einem Stil, der, auch mit dem sehr guten Klatsch, eher an die Hofmannsthalschen Gesellschaftskomödien erinnert als an die Prosa, die man von Adorno kennt. Nur gelegentlich blitzt sie auf, etwa wenn der Philosoph am 28. August 1944 den Eltern meldet, es gehe ihm nun viel besser, "besonders wenn ich mich der Sonne exponiere".

Lorenz Jäger

Theodor W. Adorno: "Briefe an die Eltern" 1939 bis 1951. Herausgegeben von Christoph Gödde und Henri Lonitz. Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main 2003 ...<<

23.08.2003

Polen: Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtet am 23. August 2003 (x887/...):

>>Skandalöser Artikel über Vertriebene in polnischem Magazin

von Martin Schmidt

Daß die Sudetendeutschen und der Bund der Vertriebenen in Tschechien häufig als antideutsche Schreckgespenster herhalten müssen und ihr Einfluß von der Presse grotesk übertrieben wird, ist manchen hiesigen Beobachtern wohl noch bewußt.

Anders sieht es beim Nachbarn Polen aus: Zwar gibt es jenseits von Oder und Neiße unter den heranwachsenden Generationen eine wachsende Bereitschaft, alte deutschfeindliche Geschichtsbilder schrittweise zu berichtigen, aber man findet immer wieder auch Belege für gegensätzliche Strömungen.

Ein alarmierender Fall aus jüngster Zeit ist ein Artikel in der Zeitschrift Wprost vom 3. August. Man könnte über diesen polemischen und nicht selten böswilligen Beitrag einer gewissen Krystyna Grzybowska über die bundesdeutsche Politik und die Vertriebenen hinweggehen, wäre er nicht im vielbeachteten Wochenmagazin Wprost (Direkt) erschienen - einer Art polnischem Spiegel mit Elementen von Focus und Bild.

Schon der Einstieg offenbart einen emotionalen Ansatz: "Die in Deutschland regierenden Linken haben mit ihrer Feinfühligkeit aufgehört. ... Es ist ein gewisses Verständnis in bezug auf die territorialen Ressentiments aufgetreten, und zwar sogar bei Bundeskanzler Gerhard Schröder und dem deutschen Außenminister Joschka Fischer. Bisher wird dies durch den verstärkten Druck auf Tschechien zum Ausdruck gebracht, die Benesch-Dekrete zu annullieren."

Abgesehen davon, daß die Bezeichnung "territoriale Ressentiments" für das Bemühen um eine Aufarbeitung der Massenvertreibung von Deutschen aus dem Osten oder für völkerrechtlich gestützte Forderungen nach Heimatrecht und Eigentumsschutz eine Frechheit ist, fragt man sich erstaunt, wie die in Posen ansässige Zeitschrift zu ihrer Einschätzung der deutschen Regierungspolitik kommt.

Zwar gab es in jüngster Zeit zaghafte Zugeständnisse aus Prag - etwa die Erklärung vom 19. Juni zur EU-Volksabstimmung, in der die Vertreibung der böhmischen Deutschen als "aus heutiger Sicht unannehmbar" bezeichnet wird -, jedoch stellen diese zuallerletzt eine Antwort auf massiven "Druck" seitens der deutschen Zentralregierung dar.

Auch der Vorschlag des Bundesrates vom Juli, den 5. August zum "Nationalen Gedenktag für die Opfer der Vertreibung" zu erheben, geht bekanntlich nicht auf Rot-Grün, sondern auf die in der Länderkammer maßgeblichen Unionsparteien zurück.

Somit entbehrt schon die argumentative Ausgangsposition Frau Grzybowskas jeder Grundlage. Doch auch so sind die nachfolgenden Thesen haarsträubend. Zum Beispiel ihre Bewertung des BdV: "Je besser die Beziehungen (zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Polen; Anmerkung des Verfassers) waren, desto geringer war die Bedeutung des Vertriebenenverbandes. ... Um den Bund der Vertriebenen ist es jedoch heute besser bestellt als je zuvor."

Hier wird der Popanz eines aggressiven anti-polnischen Interessenverbandes aufgebaut, der mit der Wirklichkeit nichts zu tun hat. In Wahrheit waren es in der Nach-Wende-Zeit insbesondere vertriebene deutsche Schlesier, Pommern, West- oder Ostpreußen, die jenseits der

Grenze ihre Heimat besuchten und vielfältige Beziehungen zu heute dort lebenden Polen knüpften.

Zu einer Zeit, da die Masse der bundesdeutschen Bevölkerung gegenüber den Nachbarn im Osten noch immer von tiefer Skepsis und noch mehr von völliger Unwissenheit und Desinteresse geprägt wird, kommt den Vertriebenen eine Vorreiterrolle zu, wenn es gilt, den Europa zerteilenden eisernen Vorhang in den Köpfen endgültig zu zersprengen.

Jenseits solcher Einsichten wird in der gemeinhin als konservativ, antikommunistisch und pro-amerikanisch eingestuften Zeitschrift Wprost publizistisches Gift verspritzt: "Jeder, der sich während der Nazizeit nur einen Moment außerhalb des Gebietes der heutigen Bundesrepublik Deutschland aufhielt und dann zurückkehrte, verfügt über den Status eines Vertriebenen. Joschka Fischer hat demnach den Status eines Vertriebenen aus Ungarn.

Nach der deutschen Interpretation können sogar sowohl der Sohn des Gouverneurs Hans Frank als auch die Kinder der Belegschaft von Auschwitz als Vertriebene anerkannt werden. Auf diese Weise wurde auch Erika Steinbach selbst als Vertriebene anerkannt, deren Vater einige Jahre im Gebiet der polnischen Region Pomorze (Pommern) diente."

Hier soll der Eindruck erweckt werden, als ob es sich bei den deutschen Vertriebenen mehrheitlich um Personen handelte, die sich infolge der NS-Herrschaft kurzzeitig aus dem Gebiet zwischen Rhein und Oder auf polnischem Boden niederließen und nach Kriegsende in den Westen "zurückkehrten".

Der Großteil der polnischen Leser dürfte tatsächlich nicht wissen, daß die Masse der rund 15 Millionen deutschen Flüchtlinge und Vertriebenen aus Gebieten wie Schlesien, Pommern oder Ostpreußen stammten, die inzwischen zu weiten Teilen zum polnischen Staat gehören, aber bis zum Ende des Krieges zu über 90 Prozent von alteingesessenen Deutschen bewohnt waren.

Anders geartete Formen des Heimatverlustes wie die Umsiedlungen der Baltendeutschen, der Wolhynien-, Galizien-, Buchenland- und Bessarabiendeutschen oder der Deutschen aus der Gottschee sind demgegenüber mit einer Gesamtzahl von rund einer halben Million Betroffener quantitativ zu vernachlässigen.

Erst recht gilt das für jene Personen, die zum Zeitpunkt der Vertreibung beispielsweise aus beruflichen Gründen oder auf Weisung der Partei erst kurze Zeit im Osten des Reiches lebten und dann gezwungenermaßen wieder gen Westen gingen.

"Joschka" alias Joseph Fischer hielt sich nie in der ungarndeutschen Heimat seiner Eltern auf, doch deren Vertreibungsschicksal hat unbewußt zweifellos seinen Werdegang beeinflusst.

Seine Familie mußte wie mehr als 220.000 Ungarndeutsche das von den Vorfahren im 18. Jahrhundert nach großen Strapazen neuerworbene Zuhause aufgeben. Für die Fischers hieß das, im März 1946 mit nur 50 Kilo Gepäck aus Wudigeß (Budakeszi), einem Vorort Budapests, aufzubrechen, um im Schwäbischen neu anzufangen. Dort wurde 1948 auch Sohn Joschka geboren.

Während bei der Familie des Metzgermeisters Jakob Fischer nur die Urahnen einen direkten Bezug zu Binnendeutschland hatten, stammten Erika Steinbachs Eltern tatsächlich aus Westdeutschland. Genauer: aus Bremen bzw. Hanau. Kennengelernt haben sie sich aber in Westpreußen, wohin Steinbachs Vater als Offizier versetzt wurde und wo in Rahmel im Juli 1943 Tochter Erika zur Welt kam.

Die Vertreibung der eigenen Familie und der Masse alteingesessener westpreußischer Deutscher erlebte die heutige BdV-Vorsitzende somit nicht bewußt mit, doch auch sie erlitt ein nicht selbst verschuldetes Kriegsfolgeschicksal.

Zu dem von der Verfasserin wörtlich erhobenen Vorwurf, die deutsche Seite würde die Unterschiede zwischen Evakuierungen, zwangsweisen Umzügen, Flucht und Vertreibung "verwischen", sei mit dem amerikanischen Völkerrechtler und Historiker de Zayas darauf hingewie-

sen, daß praktisch alle Betroffenen nach dem Ende der Kämpfe heimkehren wollten. Daran wurden sie dann von den polnischen, tschechischen oder sowjetischen Behörden gehindert und so zu Vertriebenen gemacht.

Besonders abwegig ist die folgende Passage: "Die Vertreibung" wurde "niemals rücksichtslos und konsequent umgesetzt. Wenn es so wäre, gäbe es heute keine deutsche Minderheit in Polen sowie deren Vertretung im Sejm. Weder die Flüchtlinge und Aussiedler noch die falschen Deutschen, die in der Zeit des Kommunismus in die Bundesrepublik Deutschland gelangten, ... sind Vertriebene."

In aller Kürze sei zu diesen Behauptungen, die einem schier die Sprache verschlagen, Folgendes angemerkt: Die Warschauer Kommunisten setzten die ethnischen Säuberungen nur dort nicht konsequent durch, wo sie Deutsche als Fachkräfte für die Wirtschaft brauchten (etwa bei Waldenburg) oder wo sie - wie in Oberschlesien und Masuren - in Anwendung der "Autochthonen"-Theorie auf eine rasche Polonisierung hofften.

Daß letzteres kaum Erfolg hatte und es immer mehr "falsche Deutsche", wie Grzybowska Teile der schlesischen oder masurischen Aussiedler nennt, wegzog, hat viele Gründe. Nicht zuletzt besteht ein Zusammenhang mit der Entdeutschung der Oder-Neiße-Gebiete durch die Massenvertreibungen. Denn diese entfremdeten auch die Verbliebenen von ihrer Heimat.

Gegen Ende des Wprost-Artikels schwadroniert die Verfasserin darüber, daß die angebliche neue deutsche Interpretation des Krieges und seiner Folgen einen "Verlust an Sensibilität" beweise, da die "Leiden des Verursachers und das Leiden des Opfers ... niemals moralisch gleichgestellt werden" könnten.

Damit redet die Wprost-Autorin einer Kollektivschuld-Mentalität und der Zweiteilung in gute und böse Opfer das Wort, deren ethische Fragwürdigkeit den Keim für neuen Völkerhaß legen.

Statt dessen sollte sie sich an Sätze aus einem Memorandum erinnern, das Robert Murphy, Berater der US-Militärregierung in Berlin, am 12. Oktober 1945 angesichts der zahllosen Vertriebenen verfaßte: "Sieht man das Elend und die Verzweiflung dieser Unglücklichen, spürt man den Gestank des Schmutzes, der sie umgibt, stellt sich sofort die Erinnerung an Dachau und Buchenwald ein. Dies ist Strafe im Übermaß - aber nicht für die Parteibonzen, sondern für Frauen und Kinder, die Armen, die Kranken. ..." <<

27.09.2003

BRD: Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtet am 27. September 2003 (x887/...):

>>Gut gehütetes Kainsmal

Hans-Joachim von Leesen über den Zwang vieler Politiker, die Kollektivschuldthese immer wieder neu zu beleben:

Vor drei Jahren unterbreiteten Erika Steinbach und Peter Glotz, Präsidentin des Bundes der Vertriebenen die eine, prominenter SPD-Politiker und -Vordenker der andere, der Öffentlichkeit den Plan, in Berlin ein "Zentrum gegen Vertreibungen" zu schaffen. In dieser von einer Stiftung getragenen Institution sollen die Vertreibungen des 20. Jahrhunderts dokumentarisch-museal dargestellt werden.

Darüber hinaus will man in diesem zentralen Vertreibungsmuseum, in dessen Mittelpunkt natürlich die größte ethnische Säuberung der Weltgeschichte stehen muß, auch wissenschaftlich Gründe und Folgen von Vertreibungen aufarbeiten. Die Initiatoren unterließen es nicht, den Botschaften der Nationen, die - aktiv oder passiv - von dem Thema betroffen waren, von dem Plan Kenntnis zu geben und sie zur Mitarbeit einzuladen.

Fast drei Jahre lang nahm die Öffentlichkeit von dem Projekt kaum Notiz. Als dann aber das Thema "Vertreibung der Deutschen" in den Medien zur Überraschung mancher - vielleicht auch angeregt durch Günter Grass' Novelle über den Untergang der "Wilhelm Gustloff" - einen immer prominenteren Platz einnahm, da brach ein immer schriller werdender Chor vor

allem polnischer und tschechischer Politiker und Intellektueller in Protestgeschrei aus. Bald schloß sich ihnen die bekannte Polen- und Tschechen-Lobby von Joschka Fischer bis Rita Süßmuth an: Ein Zentrum in Berlin würde die "Geschichte umdeuten"; man müsse verhindern, daß durch ein solches Mahnmal die Deutschen nicht mehr als die ständigen Täter, sondern auch als Opfer in den Blick der Öffentlichkeit geraten. Dadurch könnte die Kollektivschuld der Deutschen angezweifelt werden, die für manche offenbar zum Fundament geworden ist, auf dem die Deutschen zu stehen haben, und zwar nicht aufrecht, sondern stets reuevoll gebückt.

Soeben ist ein Buch erschienen, dessen Autor ohne jede Verschnörkelung und ohne sich "bedeckt" zu halten den Kult mit der Schuld frontal angeht, ihn entlarvt als Herrschaftsinstrument, kritisch nach seinen Ursprüngen fragt und seine Unsinnigkeit aufdeckt. Der sudeten-deutsche Jurist und Autor zahlreicher juristischer wie historischer Bücher, Heinz Nawratil, faßte auf 238 Seiten unter dem Titel "Der Kult mit der Schuld - Geschichte im Unterbewußtsein" (... München 2002 ...) zusammen, wer verantwortlich ist für die These von der angeblichen deutschen Kollektivschuld, wer die Propaganda verbreitet, welchen Sinn sie hat und wie man ihr begegnen muß.

In einem Nachwort des Psychologen Prof. Herbert Speidel wird aus der Sicht des Wissenschaftlers untersucht, wie die permanenten Selbstbeschuldigungen der Deutschen aus dem Munde ihrer politischen Klasse vom wissenschaftlichen Standpunkt aus zu deuten sind und wohin die Bekenntnisse der angeblich "unvergleichlichen Schuld", die nichts anderes ist als eine seelische Erkrankung, führen.

Die alliierte psychologische Kriegführung propagierte während des Krieges, allein die Deutschen seien schuld an Krieg und Verbrechen, und zwar alle Deutschen. Alliierte Politiker von Churchill und Roosevelt bis zu Stalin verbreiteten diese These, teils sicherlich aus Überzeugung, teil aber auch, um dadurch die eigenen Völker zum Kampf gegen die Deutschen aufzustacheln.

Mit der deutschen Kollektivschuld wurde dann nach der Kapitulation der Wehrmacht die weitgehend völkerrechtswidrigen Maßnahmen gegen Deutschland und die Deutschen gerechtfertigt - von der Zwangsarbeit, zu der deutsche Zivilisten und Kriegsgefangene in Siegerländer geschickt wurden, über die Annektierung deutschen Bodens, die Vertreibungen, den Raub deutscher Patente, die Demontagen, den Raub von Kulturgütern, bis zu den gewollten Hungersnöten in Deutschland und den Lagern deutscher Kriegsgefangener. So wurde die angebliche deutsche Kollektivschuld die Basis für die alliierte Besatzungspolitik in den ersten Jahren nach der deutschen Niederlage.

Von deutscher Seite war zunächst das Echo darauf verhalten. Zwar wies der sozialdemokratische Politiker Kurt Schumacher ebenso wie der Kardinal Graf Galen die Behauptung der deutschen Kollektivschuld scharf zurück, doch schlich sich die alliierte Propagandabeauptung dennoch in die öffentliche Debatte ein, so etwa wenn der erste Bundespräsident Heuss zwar den Begriff der Kollektivschuld zurückwies, ihn aber ersetzte durch die Kollektivscham, die in der Praxis ebenso instrumentalisiert wurde wie die Kollektivschuld.

Unvergessen bleiben sollte auch das sogenannte "Stuttgarter Schuldbekenntnis", in dem - nicht ohne Mitwirkung des britischen Geheimdienstes - elf führende Persönlichkeiten der Bekennenden Kirche ohne Legitimation die Alleinschuld des deutschen Volkes am Zweiten Weltkrieg aussprachen. (Der damalige Papst Pius X. hingegen stellte eine deutsche Kollektivschuld entschieden in Abrede.)

Das deutsche Volk hingegen war in jenen ersten Nachkriegsjahren voll und ganz damit beschäftigt, das Land wieder aufzubauen. Außerdem gab es noch genügend viele Frauen und Männer, die die Legenden, mit denen die Kollektivschuldthese begründet wurde, widerlegen konnten.

Ende der 60er Jahre allerdings bemächtigte sich die "68er-Generation", Jugendliche ohne eigene Erfahrungen der Kriegs- und Notzeit, ohne ausreichendes Verständnis für ihre Elterngeneration, wohl aber vielfach mit Anzeichen von Wohlstandsverwahrlosung, der Kollektivschuldthese.

Aber auch Leute, die es hätten besser wissen müssen, wie die Bundespräsidenten v. Weizsäcker und Herzog, übernahmen die Vokabel, damit aus dem Kreis der von ihnen Beschuldigten austretend und sich auf die Seite der Sieger schlagend. Und auch die Evangelische Kirche setzte ihre Kollektivschuld-Propaganda fort mit ihrer "Ostdenkschrift", in der sie die Vertreibung der Ostdeutschen rechtfertigte, unter anderem mit der bemerkenswerten Begründung, die Polen brauchten "Lebensraum".

Die 68er entdeckten als weltanschauliche Grundlage den Marxismus-Leninismus als Waffe gegen das eigene Volk, und so gingen, wie Nawratil überzeugend nachweist, Linksextremismus und Antigermanismus eine "quasi natürliche Symbiose" ein.

Deutschland war und ist das einzige Land, das mit der Übernahme von Schuld seine Vergangenheit zu "bewältigen" versucht, wofür Nawratil eindrucksvolle Beispiele aufführt.

Inzwischen haben die Vertreter jener Schuld- und Sühne-Generation erfolgreich den Weg durch die Institutionen angetreten. Nun werden sie vom Ausland handfest aufgefordert, die deutsche "Schuld" permanent wieder gutzumachen, wozu beispielsweise auch gehört, daß ausländische "Freunde" mit Erfolg fordern können, deutsche Soldaten hätten in allen Winkeln der Welt alle möglichen Interessen zu vertreten, die keineswegs die deutschen sind.

Inzwischen ist die deutsche Kollektivschuld zur Staatsreligion geworden. Ihr Hauptprediger ist Joschka Fischer, dessen Wort aus dem Jahr 1999 unvergessen ist. Vom französischen Außenminister gefragt, welches der Urkonsens sei, der das heutige Deutschland zusammenhalte (so wie Frankreich durch die Revolution 1789), antwortete der deutsche Außenminister, für die Bundesrepublik sei das Auschwitz. Der deutsch-polnische Historiker Bogdan Musial kam zu dem Schluß, daß Deutschland wohl das einzige Land der Welt sei, in dem ein "negativer Nationalismus" herrsche. Nawratil zitiert, daß Deutschland unter diesen Umständen nur eine Aufgabe hätte, nämlich sich selbst abzuschaffen.

In Nawratils Buch "Der Kult mit der Schuld" liest man absurde bis skurrile Beispiele für Schuldbekennnisse deutscher Politiker, so etwa Joschka Fischers Ansicht, Deutschland trage Schuld an der Sklaverei, woraus sich (natürlich) finanzielle Forderungen aus Afrika ergaben. So werden Schuldkomplex, Selbsthaß und moralische Desorientierung miteinander verzahnt.

Bemerkenswert, und auch das stellt Nawratil überzeugend dar, ist die Tatsache, daß niemand daran denkt, die Verbrechen des Kommunismus "aufzuarbeiten", obwohl sie, gemessen an der Zahl der Opfer, die deutschen oder nationalsozialistischen Verbrechen bei weitem übertreffen. Aber weder die Russen als Trägervolk des Kommunismus noch die Länder, die unter dem Kommunismus gelitten haben, sehen eine Notwendigkeit, den Kommunismus daraufhin zu untersuchen, ob und wie weit sie schuldig sind für die Greuel des 20. Jahrhunderts.

Mit einer sachlichen Aufarbeitung der Vergangenheit hat die These von der deutschen Kollektivschuld nichts zu tun. Selektiv nur werden Verbrechen der Vergangenheit wahrgenommen und zu Propagandathesen verarbeitet. "Massenverbrechen werden in der Öffentlichkeit entweder hochgespielt oder vertuscht, je nach politischem Nutzen", so lesen wir. Und: "Wo das Totschweigen (von Sieger-Verbrechen) nicht weiterhilft, versucht man, die Verbrechen durch deutsche Kollektivschuld oder ähnliche Argumentationsketten zu rechtfertigen.

Auf diese Weise aber entstehen Erfolgsmodelle für künftige Massenverbrechen." Ein schlagender Beweis für die Richtigkeit dieser Auffassung waren die "ethnischen Säuberungen" in Jugoslawien, die die dortigen Machthaber glaubten vornehmen zu können, da die "ethnischen Säuberungen" Ostdeutschlands auch nicht geahndet worden waren. Können aber die Verbrechen an Deutschen nicht mehr unterdrückt werden, dann rechtfertigt man sie, indem man ver-

sucht, sie aufzurechnen.

Welche absurden Folgen der so herangezöchtete deutsche Schuldkomplex hat, hat Günter Maschke, aufgelistet, den Nawratil in seinem Buche zitiert: "Die BRD kann die Ausländerfrage nicht lösen - wegen Hitler! ... Sie fürchtet den Vorwurf des Antiamerikanismus - wegen Hitler! Und den des Antikommunismus - wegen Hitler! Sie versagt sich die Rechte, die jeder Nation zustehen - wegen Hitler!" Und Maschke fragt: "Wie lange noch die Regierung Hitler?" Nawratil antwortet sarkastisch: "Bis zum Jahre 2933. Dann vielleicht erweist sich das Dritte Reich dennoch als tausendjährig - 12 Jahre Diktatur, 988 Jahre Bewältigung."

Als Historiker nach gründlichen Forschungen zu dem Schluß kamen, der Reichstag sei 1933 keineswegs von den Nazis, sondern tatsächlich von dem Anarchokommunisten van der Lubbe allein angezündet worden, warnte Thomas Manns Sohn Golo davor, davon die Öffentlichkeit zu unterrichten, weil sonst das Bewußtsein der Alleinschuld gemindert werden könnte.

Als ein russischer Fernsehregisseur auf seiner Deutschlandreise Ex-Bundespräsident v. Weizsäcker, Zeit-Chefredakteurin Gräfin Dönhoff sowie Egon Bahr besuchte und sie unter anderem darauf hinwies, daß es zunehmend Anzeichen dafür gebe, daß Stalin den deutsch-sowjetischen Krieg lange vorbereitet hatte und die deutsche Wehrmacht ihm nur zuvorgekommen sei, antworteten diese, er solle das nur nicht in seinen Fernsehfilmen erwähnen, "weil damit Hitler ja entlastet würde". Sie hatten nichts dagegen, daß ihr Festhalten an Legenden Stalin entlastet. Nawratil sagt zu Recht, derartiges erinnere verzweifelt an "selige DDR-Zeiten".

Zu diesem Kapitel gehört auch die Aussage des ehemaligen Fraktionschefs der SPD in Nordrhein-Westfalen, Farthmann, der meinte, es dürfe im Hinblick auf das Dritte Reich in Deutschland keine Rechtspartei geben, weil das "unserem internationalen Ansehen nur schaden" könne.

Ein Kapitel ist der Wiedergutmachung gewidmet, die eine direkte Folge der Behauptung ist, alle Deutschen seien kollektiv schuldig. Nach Information des Bundesfinanzministeriums hatte die deutsche öffentliche Hand bis 1999 insgesamt über 103 Milliarden DM Wiedergutmachung gezahlt, weitere 26 Milliarden würden aufgrund von Abmachungen in den nächsten Jahren hinzukommen.

Wenn man dann die gewaltigen Dimensionen alliierter Demontagen und Reparationsentnahmen zählt, die Beschlagnahme von Urheberrechten und Forschungsergebnissen, die Raubzüge an deutschem Kulturgut, die Arbeitsleistungen deutscher Zwangsarbeiter, das, was bei der Annexion deutscher Gebiete den Siegern in die Hände fiel, dann hat Deutschland mit Abstand mehr wieder gutgemacht, als durch den Krieg zerstört worden ist. Und trotzdem gehen die Forderungen nach deutschen Tributzahlungen weiter.

Nawratil fordert die Deutschen auf, endlich den aufrechten Gang zu lernen und Mut zu haben. Eine zweite Aufklärung sei notwendig, um die Deutschen aus ihrer "selbstverschuldeten Unmündigkeit" zu befreien.

Der Psychologe Prof. Speidel beurteilt in einem Abschlußkapitel die Sucht, Kollektivschuld auf sich zu nehmen. Er kommt zu dem Schluß: "Kollektivschuld als nationales Konzept hat verheerende Wirkungen; sie verhindert innere nationale Unabhängigkeit, positives nationales Selbstbewußtsein, damit aber auch die Kreativität und deren Förderung. Sie beschädigt ein produktives Zusammengehörigkeitsgefühl und mit ihm Generativität, Erziehungs-, Bildungskompetenz und geistige Selbständigkeit. Sie fördert Unterwerfung und eine Satellitenmentalität. Das Kollektivschuldintjekt ist ein gefährliches Risiko, ob es wie bisher autodestruktiv wirkt oder per Aggressionsumkehr nach außen. ...<<

01.11.2003

BRD: Der deutsche Jurist und Historiker Erhardt Bödecker (1925-2016) schreibt am 1. November 2003 in der Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" (x887/...): >>Die gnadenlose und

rechtlose Behandlung besiegter Gegner reicht bis in die Gegenwart

Vae victis - wehe den Besiegten

Nach ihrer schweren Niederlage gegen die Gallier vor 2.390 Jahren erkaufte sich die Römer den Abzug der Fremden aus ihrer Stadt mit einem hohen Lösegeld in purem Gold. Als die Gallier beim Abwiegen des Goldes manipulierte Gewichte benutzten und die Römer dagegen protestierten, rief Brennus, der gallische Heerführer, "Vae victis!", was nichts anderes bedeutete als: ihr habt nichts zu sagen, seid froh, daß wir euch nicht umbringen.

Dieses "Vae victis!" wurde in den folgenden Jahrhunderten zum Sinnbild einer gnadenlosen und rechtlosen Behandlung besiegter Gegner. In der Antike bestand eine weitverbreitete Gewohnheit, die Soldaten eines besiegten Heeres zu töten oder in die Sklaverei zu führen.

Die Grausamkeit unter streitenden Parteien und Staaten nahm zu. Die Kirche war nicht imstande, dieser Entwicklung moralische oder rechtliche Barrieren entgegenzusetzen. Erst mit der Reformation durch Martin Luther und Johannes Calvin, mit der Veränderung des Weltbildes durch Kopernikus und Galilei veränderten sich auch Lebensgefühl und Lebensformen der Menschen.

Hinsichtlich der antiken Rechtsansichten wurden neue Überlegungen angestellt. Einer der herausragenden Vertreter der neuen Rechtslehre war der 1583 geborene Hugo Grotius. Man nennt ihn den Vater des Völkerrechts. Er forderte die Einhaltung von Rechtsregeln nicht nur im friedlichen Verkehr der Völker untereinander, sondern auch während und nach Austragung von kriegerischen Konflikten.

Das bisher geltende "ius ad bellum", das Recht eines Staates zur Kriegführung, wurde durch die Lehre vom "gerechten Krieg" - das "bellum iustum" - ersetzt. Ein gerechter Krieg sollte nach Hugo Grotius im Interesse des Rechtsfriedens mit einem "guten Frieden" beendet werden. Zu einem guten Frieden gehörte nicht nur ein totales Vergessen der gegenseitig zugefügten Gewalttaten, sondern auch die Gewährung gegenseitiger Amnestie.

Der Westfälische Friedensvertrag, der den Dreißigjährigen Krieg 1648 beendete, wurde daher mit der Klausel eingeleitet: alle Gewalttaten sollen gegeneinander aufgehoben sein und dem immerwährenden Vergessen anheimgegeben werden. Diese Klausel enthielt auch der Friedensvertrag zwischen Schweden und Preußen vom 21. Januar 1720 und endlich auch der Hubertusburger Frieden, der den Siebenjährigen Krieg 1763 beendete.

Aber auch die Lehre des "gerechten Krieges" gab man im 18. Jahrhundert auf und versachlichtete die Kriegsgründe. Man nannte die Kriege deshalb "Kabinettskriege". Den zahlreichen seit 1700 von den Großmächten geführten Konflikten fehlte daher das zerstörerische Element der Berufung auf den "wahren Glauben" oder auf die "bessere Moral". Das hatte zur Folge, daß die Friedensschlüsse den Kriegsparteien Versöhnung brachten und eine zügige Wiederaufnahme von menschlichen und staatlichen Beziehungen nach Ende der Kampfhandlungen. Friedrich der Große meinte, die Bevölkerung dürfe es nicht merken, wenn der Staat einen Krieg führe.

Der erste internationale Vertrag, der humane Forderungen als verbindlich zwischen den Staaten im Krieg und Frieden festlegte, war der Vertrag zwischen Preußen und den Vereinigten Staaten von Amerika vom 3. September 1783. Hier sind zum ersten Mal - übrigens auf Veranlassung Preußens - Bestimmungen zur Humanisierung der Kriegführung als elementare menschliche Grundrechte ins Völkerrecht eingegangen. Während des 19. Jahrhunderts wurde dieser Vertrag im gegenseitigen Einverständnis mehrmals verlängert, zuletzt durch Wilhelm II. Ende des 19. Jahrhunderts.

Es hatte gute Gründe, daß man von der Rechtfertigung eines Krieges "als gerecht" abgerückt war, denn die Berufung auf die gerechte Sache führte zur Verabsolutierung des eigenen Standpunktes und somit zu Intoleranz und Fanatismus. Der Sieg des Stärkeren oder des zahlenmäßig Überlegenen sollte nicht länger als Sieg der gerechten Sache gelten. Die Identifika-

tion von Sieg mit dem Recht, kurz Siegerjustiz genannt, zerstörte in Wirklichkeit den Glauben an das Recht und seine Gültigkeit.

Die Versachlichung des Völkerrechts, die der Menschlichkeit diene, das Abrücken vom moralisch gerechtfertigten Krieg haben Großbritannien und die USA im Ersten Weltkrieg zum Schaden Europas aufgegeben und den Grundsatz vom "gerechten Krieg" nach 200 Jahren wiederbelebt. Außenpolitische und völkerrechtliche Fragen wurden wieder moralistisch und ideologisch behandelt. Diese moralisierende Verherrlichung des eigenen Standpunktes führte zum Fanatismus und zur Inhumanität.

Europa erlebte fanatisierende ideologische Auseinandersetzungen von einer Stärke, wie sie auf dem Kontinent in den beiden zurückliegenden Jahrhunderten unbekannt geworden waren. Die Selbstvergötzung der Alliierten, die künstliche Politisierung mit Hilfe der modernen Propagandaapparate wurde zur Quelle des Unheils in Europa. Es wurde die Ursache für jene maßlose Überschätzung des Politischen, jene Aufwühlung politischer Leidenschaften, die mit der totalen Politisierung allen Lebens, dem Aufsaugen aller echten Gemeinschaftsbildung durch den Staat geendet haben. Ein Ignorant, wer diese Ursachen nicht erkennt.

Der Friedensschluß in Versailles nach dem Ersten Weltkrieg machte die Aufgeblasenheit und den Unfehlbarkeitsdünkel der Alliierten zum Vertragsinhalt. Seine Wirkungen beschrieb Altbundespräsident Richard von Weizsäcker wie folgt: "Frankreich, England und die USA verloren jedes Maß. Man setzte Deutschland das Kainsmal der alleinigen Kriegsschuld auf die Stirn, verurteilte es in Grund und Boden und demütigte es, wo und wie man nur konnte. Das mußte Folgen haben, sie kamen, und sie waren schwer".

Auch der Zweite Weltkrieg wurde durch den Einfluß der Vereinigten Staaten mit der Selbstvergottung der Sieger beendet. Der gegenüber allen Deutschen erhobene Vorwurf der Kollektivschuld und des Gewußthabens von rechtlichen Verfehlungen diene nicht der Förderung des Verständnisses geschichtlicher Zusammenhänge, sondern man verfolgte das politische Ziel der persönlichen Demütigung und Erniedrigung der Deutschen, das Untergraben ihres nationalen Selbstbewußtseins. Von wenigen Ausnahmen abgesehen ist dieses Ziel erreicht worden.

Es ist folgerichtig, wenn wir hier die umgekehrte Frage stellen, nämlich nach der Verantwortung der Bürger der alliierten Länder an den völkerrechtswidrigen, rechtswidrigen oder nur moralisch unsittlichen Verhaltensweisen ihrer Regierungen und ihrer Armeen während und nach Beendigung der Kampfhandlungen. Für die bestialischen Untaten an den europäischen Juden trägt Deutschland, unabhängig vom Wissen des einzelnen, die Verantwortung. ...

Angesichts der deutsch-preußischen Geschichte werden diese Untaten ewig unerklärlich bleiben, ein schwarzer Fleck, der sich niemals tilgen läßt, weder durch Zeitablauf noch durch Vergessen. Dieser unbegreifliche Frevel läßt sich auch nicht durch Vergleich oder Aufrechnung mit anderen Verbrechen ähnlicher Art in seiner moralischen Bewertung abschwächen oder tilgen.

Diese Regel gilt jedoch für beide Seiten. Das heißt, in umgekehrter Weise auch für die von Amerikanern, Engländern oder Russen begangenen Verbrechen, deren Unrechtsgehalt ebenfalls weder durch Vergleich oder Aufrechnung mit anderen Verbrechen, schon gar nicht durch Berufung auf Hitler gerechtfertigt oder moralisch gemindert werden kann. Rechtsstaatlichkeit und Gerechtigkeit fordern gleiche Behandlung gleicher Tatbestände, und zwar ohne Ansehen der Person und ohne Ansehen der Nationalität. Von deutschen Verfehlungen wird in den inländischen und ausländischen Medien im Übermaß berichtet. Daher wollen wir uns hier den Verfehlungen der anderen Seite zuwenden.

Schon bei Beginn des Krieges wurde in England unter Verstoß gegen das Völkerrecht die Bombardierung der deutschen Städte mit dem Ziel der Terrorisierung der zivilen Bevölkerung erörtert und zur Strategie der Kriegführung bestimmt.

Es widerspricht allen Forschungsergebnissen, die englischen Bombenangriffe als vom Völkerrecht sanktionierte Vergeltung für gleichartige deutsche Angriffe entschuldigen zu wollen. Uneingeschränkt gilt das auch für den deutschen Bombenangriff auf Coventry, der nur auf militärische Objekte zielte, nicht auf die Bevölkerung. Das ist heute in der Wissenschaft unstrittig. Trotzdem wird von Journalisten, Politologen und der Evangelischen Kirche in Potsdam immer wieder und wieder das Gegenteil behauptet. Ist es Nachlässigkeit oder ideologische Absicht?

Am 8. Juli 1945 bat der japanische Kaiser über den schwedischen König die USA um die Einleitung von Friedensverhandlungen. Trotzdem erfolgten am 6. August und am 9. August die Bombardierungen von Hiroshima und Nagasaki mit Atombomben. Ungeheure Verluste und die schrecklichsten Verletzungen unter der Zivilbevölkerung waren die Folge. Es ist eine unentschuld bare Unwahrheit zu behaupten, die Atombomben haben der Kriegsverkürzung und damit der Schonung von Menschenleben gedient.

Es waren Bombentests, Versuche am Menschen. Hat von der US-amerikanischen oder britischen Bevölkerung keiner von diesen Verbrechen etwas gewußt? Wer hat sie verhindert, zumindest versucht, sie zu verhindern? Diese Frage ist natürlich nur rhetorisch gemeint, sie sollte nur die Absurdität des Schuldvorwurfs deutlich machen, der gegenüber den einzelnen Deutschen wegen der Untaten an den Juden erhoben wird.

Die kollektive Kriminalisierung aller Deutschen blieb nicht bei der Erlebnisgeneration stehen, sondern wurde auf die deutsche Geschichte ausgedehnt. Soziologen und Politologen der USA machten unsere Vorfahren ebenfalls zum Gegenstand des Schuldvorwurfs, sie konstruierten eine Kausalkette, die von Luther über Friedrich den Großen bis zu Hitler führte.

Die Berufung Hitlers auf diese Kontinuität war unberechtigt, seine geistige Wiege stand in Wien, nicht in Preußen. Das wußten die ausländischen Umerzieher. Trotzdem war eine positive Rückbesinnung auf Preußen politisch nicht erwünscht, sie war politisch nicht korrekt. Lediglich eine herabsetzende Darstellung oder, wie man heute sagt, eine kritische Darstellung der preußischen Geschichte, wurde akzeptiert.

Nach dem schrecklichsten, verlustreichsten und über sechs Jahre dauernden Krieg kapitulierte das Deutsche Reich im Mai 1945. Die Niederlage war total. Das Land lag in Trümmern.

Die Sieger zerteilten das Deutsche Reich in vier Zonen und damit zertrennten sie auch das einheitlich deutsche Wirtschaftsgebiet. Sie beschlossen die Abtretung der ostdeutschen Gebiete, es waren die preußischen Kernprovinzen, und ordneten gleichzeitig die Austreibung der dortigen Bevölkerung an. Die Deutschen wurden zusätzlich einer mehrjährigen Nahrungsmittelbeschränkung unterworfen, die Forschungsergebnisse und Patente deutscher privater Firmen und Personen geraubt sowie Wissenschaftler zur Ausbeutung ihrer Kenntnisse in die Länder der Siegermächte gebracht.

Diese geistige Beute ersparte der US-amerikanischen und russischen Forschung milliarden schwere Investitionen und jahrzehntelange Forschungsarbeit. Neben der Demontage aller Fabriken und der Wegnahme privater und staatlicher Vermögenswerte hatten sich die westlichen Siegermächte noch auf eine besondere Demütigung geeinigt, indem sie den Deutschen eine Art Gehirnwäsche verordneten, die als "re-education" (Umerziehung) in die Nachkriegsgeschichte eingegangen ist.

Diese Umerziehung richtete sich in erster Linie nicht, wie es nahe gelegen hätte, gegen die Ideen des Nationalsozialismus, sondern sie hatte eine klare antipreußische Tendenz. Demokratische Gesinnung wurde und wird mit antipreußischer Haltung gleichgesetzt. Auch die Umerziehung dürfte als ein besonders schwerwiegender Rückfall in die Zeit der Glaubenskriege angesehen werden.

Ein weiterer Verstoß gegen das Völkerrecht, besonders seiner humanen Bedingungen, war die von England schon 1940, also vor dem Angriff der deutschen Wehrmacht auf Rußland, den

anderen Alliierten vorgeschlagene Austreibung von 13 Millionen Deutschen aus ihren angestammten preußischen Siedlungsgebieten.

Diese Austreibung stellte ein schweres Menschheitsverbrechen dar, das nicht nur gegen die Regeln des damaligen, sondern auch des heute noch gültigen Völkerrechts verstößt. Rund 2,5 Millionen Menschen kamen dabei ums Leben. Die Anwendung von Terror bei der Austreibung der bäuerlich geprägten ostdeutschen Bevölkerung wurde im englischen Außenministerium als notwendig angesehen. Der britische Unterstaatssekretär Sargent schlug sogar vor, die Deutschen aus Ostpreußen und Schlesien nach Sibirien zu deportieren. Nicht der Nationalsozialismus, sondern Preußen als Kern Deutschlands sollte mit dieser Vertreibung niedergeworfen werden.

Wer die Hauptschuld unter den Alliierten an der Vertreibung und seiner Durchführung trägt, ist ohne Belang, denn alle haben diese Unmenschlichkeit akzeptiert und zugesehen, wie Millionen von Frauen, Kindern und alten Leuten erfroren, verhungerten oder zum Teil bestialisch umgebracht wurden. Mit dem Hinweis auf Hitler läßt sich die Vertreibung weder rechtfertigen noch entschuldigen, sie bleibt ein internationales Menschheitsverbrechen.

Preußen sollte auch mit dem britischen Luftangriff auf Potsdam am 15. April 1945, nur wenige Tage vor Ende des Krieges, getroffen werden. Die Zerstörung Potsdams war ohne die geringste militärische Bedeutung. Sie sollte den kulturellen Kern Preußens zerstören. Potsdam war die preußischste Stadt der preußischen Könige, die Stadt entsprach im Tiefsten ihres Wesens dem preußischen Staat. Holland, Italien, Frankreich und England, die Antike, Renaissance, aber auch Rußland und selbst der Islam waren in der Stadtarchitektur mit Bauten und Nachbauten vertreten. Aus dieser kulturellen und geistigen Fülle ist in Preußen eine Einheit geworden.

Das Fremde zu integrieren und es der Entwicklung Preußens dienlich zu machen, hat keine Stadt so repräsentiert wie Potsdam. Das wußte die britische Führungsschicht, deshalb mußte Potsdam nur wenige Tage vor Ende des Krieges als Kulturdenkmal zerstört werden. Der Angriff auf Potsdam, es war ein Akt kultureller Barbarei, bewies die gleiche militärische Unsinnigkeit wie der Angriff auf Dresden im Februar 1945. Wie glücklich kann sich die Welt heute schätzen, daß sich deutsche Offiziere eingedenk ihrer preußischen Tradition trotz gegenteiliger Befehle bemüht haben, Rom und Paris vor der Zerstörung zu bewahren.

Aus der Tatsache, daß die deutsche Zivilbevölkerung, von einigen wenigen Ausnahmen abgesehen, im Angesicht ihrer brennenden und ausgebombten Häuser, vielleicht sogar im Angesicht ihrer durch Bomben getöteten Kinder oder Familienangehörigen sich nicht an abgesprungenen feindlichen Bomberpiloten vergriffen und keine Lynchjustiz verübt hat, läßt mehr über die Deutschen erkennen, als aus den von einer aufgehetzten SS-Minderheit auf Befehl verübten Grausamkeiten an jüdischen Menschen.

Der höchstdekorierte amerikanische Jagdflieger, der spätere General Chuck Yeager berichtete in seinen Kriegserinnerungen, daß den US-amerikanischen Jagdfliegern im Herbst 1944 der Befehl erteilt wurde, auf alle sich bewegenden Zivilisten zu schießen und zwar mit der Begründung, mit der Terrorisierung der Zivilbevölkerung sollte ihr Widerstandswille gebrochen werden. Der General schreibt, dieser Befehl war grausam, und doch gehorchten wir alle und schossen auf wehrlose Menschen.

Die Abtretung von Gebieten, die Zahlung von Kontributionen und die Befriedigung von Schadensersatzansprüchen gehörten auch unter dem neuen Völkerrecht zu den Folgen einer erlittenen Kriegsniederlage. Gebietsabtretungen allerdings nicht in dem Umfang, wie man sie Deutschland auferlegte. Das "Vae Victis" nach den beiden Weltkriegen bestand in der Gnadenlosigkeit und der Mißachtung des Rechts durch die Sieger, bestand vor allen Dingen in ihrem abstoßenden Überlegenheitsdünkel und in der Demütigung aller Deutschen.

Diese Demütigung wurde nach dem Zweiten Weltkrieg durch den Befehl zur Umerziehung

der Deutschen verschärft. Wir Deutsche verloren unsere Geschichte, die auf zwölf Jahre des Nationalsozialismus reduziert wurde.

Mit einer überdimensionierten politischen Bildungsarbeit in Universitäten, Schulen, Stiftungen, Parteieinrichtungen, Gewerkschaftsinstituten und Medien wird nicht nur das verfälschte Geschichtsbild, sondern auch die Existenz der Parteien, ihrer Funktionäre und der ungebührliche Zugriff auf die steuerlichen Mittel gerechtfertigt. Schlagworte wie Demokratie, Freiheit und soziale Gerechtigkeit dienen als Knüppel in der politischen Auseinandersetzung. Mit Verfassungsschutzeinrichtungen schützen sich die etablierten Institutionen, unter anderem Parteien, Gewerkschaften, Länderregierungen und Mandatsträger, vor Kritik oder ihrer Veränderung. Das alles ist Ausfluß der beiden großen Glaubenskriege des 20. Jahrhunderts. "Vae Victis".

Preußen setzte sich für die Humanisierung der Kriegführung ein Im Ersten Weltkrieg wurde der "gerechte Krieg" revitalisiert

"Wehe den Besiegten": Als die belagerten Römer sich darüber beschwerten, daß die gallischen Belagerer beim Abwiegen des römischen Lösegeldes in purem Gold mit manipulierten Gewichten arbeiteten, legte der gallische Heerführer Brennus sein Schwert zusätzlich auf die Waagschale mit den Gewichten und sagte: "Vae victis!" - Den Deutschen wurde ihre Geschichte genommen ...<<